



Plenarprotokoll

71. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 12. November 1998

Strandung des Frachters „Pallas“ vor dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW]

Drucksache 14/1765

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.
Drucksache 14/1772

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	5139, 5158
Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD].....	5141
Heinz Maurus [CDU].....	5143
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5144, 5160
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.] .	5146, 5163
Anke Spoorendonk [SSW].....	5148, 5162
Heide Simonis, Ministerpräsidentin....	5149, 5156
Günter Fleskes [SPD].....	5152
Martin Kayenburg [CDU]	5154
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5155
Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]...	5157
Konrad Nabel [SPD]	5159
Thorsten Geißler [CDU].....	5163
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5164

Beschluß: Annahme des Antrages 14/1765	5165
Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten, persönliche Bemerkung.....	5166

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1997

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/1606

Horst Günter Bülck, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	5166
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	5169, 5177
Klaus-Dieter Müller [SPD]	5171
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5172
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] ...	5174
Anke Spoorendonk [SSW].....	5176

Beschluß: Überweisung an den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung.....	5177
---	------

Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Notwendigkeit der Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes

Landtagsbeschluß vom 3. September 1998	
Drucksache 14/1555	
Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz	
Drucksache 14/1738	
Ursula Kähler [SPD]	5177
Thorsten Geißler [CDU].....	5178
Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	5179
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	5180
Anke Spoorendonk [SSW].....	5181
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister	5182

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß	5183
--	------

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung abgabenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 14/1747 (neu)

Beschluß: Verabschiedung..... 5183

Auf der Tribüne begrüße ich die Besuchergruppen des 1. Panzerbataillons 183, Boostedt, der Integrierten Gesamtschule Neumünster-Brachenfeld und der Beruflichen Schulen Rendsburg, Klasse Landwirtschaft.

(Beifall - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 a auf:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1998

Bericht des Eingabenausschusses
Drucksache 14/1723

Gerhard Poppendiecker [SPD]..... 5183

Beschluß: Kenntnisnahme und Bestätigung der Erledigung..... 5184

Strandung des Frachters „Pallas“ vor dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoerendonk [SSW]

Drucksache 14/1765

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.

Drucksache 14/1772

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst Herr Minister Steenblock.

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister
Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie
Horst Günter Bülick, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Klaus Buß, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Stimmung der Bevölkerung an der Westküste ist gekennzeichnet von Frustration, Ohnmacht, Wut und Enttäuschung. Ich habe für diese Stimmung großes Verständnis, denn auch ich glaube, daß das **Management**, das zur Bewältigung dieser Krise realisiert wird und das in der Öffentlichkeit sehr kritisch verfolgt wird, einer **Optimierung** bedarf.

Die Auswertung der bisher vorliegenden Fakten wird ergeben, in welchen Bereichen wir schnell Verbesserungen durchführen können und in welchen Bereichen wir über einen längeren Zeitraum hinweg an einer neuen **Konzeption** arbeiten müssen.

Beginn: 10:02 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Erkrankt sind die Abgeordneten Roswitha Müllerwiebus und Peter Gerckens. Wir wünschen gute Besserung.

Gestatten Sie mir zur Versachlichung der Diskussion eingangs ein Zitat zu bringen, das vom Nautischen Verein Nordfriesland stammt, dessen fachliche Qualität sicherlich unumstritten ist und dessen Kompetenz und Unabhängigkeit von allen bestätigt wird.

(Minister Rainder Steenblock)

Der Nautische Verein Nordfriesland kommt in seiner Bewertung der Situation zu folgender Auffassung.

„Nach den vorliegenden Erkenntnissen haben Einsatzführung und durchführende Einheiten sachgerecht gehandelt und die Gebote seemännischer Sorgfaltspflicht beachtet. Unter besonders schweren Bedingungen hat die Verkettung unglücklicher Umstände dazu geführt, daß alle Versuche, die Strandung zu verhindern, scheiterten. Diese Versuche blieben erfolglos.“

Soweit der Nautische Verein Nordfriesland in seiner ersten Bewertung.

Ich kann dem in der Sache an vielen Stellen zustimmen. Dennoch kann ich als Umweltminister dieses Landes - so wie wir vermutlich alle - mit der Situation nicht zufrieden sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann man wohl sagen! - Thorsten Geißler [CDU]: Wir sind es auch nicht!)

Wir alle, Bund und Länder, müssen auf solche Situationen besser vorbereitet werden, und es gilt, die deutlich gewordenen **Konsequenzen** zu ziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Situation um die „Pallas“ hat mich veranlaßt, Ihnen heute in Form einer **Regierungserklärung** aktuelle Informationen und eine Einschätzung zur Lage zu geben und Sie über das weitere Vorgehen zu informieren. Ich bin sehr froh, daß es den Fraktionen gelungen ist, für heute einen gemeinsamen Antrag zu formulieren; denn dieser gemeinsame Antrag über alle Parteigrenzen hinweg macht die Sorge und das übergreifende gemeinsame Interesse am Schutze der Menschen, am Schutze unserer einzigartigen Landschaft der Westküste und des Nationalparks deutlich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich nun vorab noch einmal den Dank der Landesregierung, aber auch meinen ganz persönlichen Dank aussprechen an diejenigen Männer, die mit hohem persönlichen Einsatz, mit Engagement, ja vielleicht unter Lebensgefahr unter schwierigen Bedingungen auf diesem Schiff gearbeitet und seemännische Höchstleistungen vollbracht haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Diese Männer verdienen unseren Respekt und unsere Anerkennung.

(Beifall im ganzen Haus)

Mein Dank gilt aber auch denjenigen, die vor Ort auf den Inseln und Halligen - Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, viele freiwillige Helferinnen und Helfer, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Umweltämter und der Ämter für ländliche Räume sowie des Nationalparkamtes, aber auch die Kommunalpoliti-

kerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort - in selbstlosem, tatkräftigem Einsatz bei aller emotional schwierigen Situation mit Schippe und Eimer Hilfe geleistet haben. Dieses Engagement der Menschen vor Ort hat - was auch in Ihrem gemeinsamen Antrag zum Ausdruck kommt - die Unterstützung des gesamten Hohen Hauses verdient.

(Beifall im ganzen Haus - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum mußte es überhaupt soweit kommen?)

Weil die Zeit für meine Regierungserklärung relativ knapp bemessen ist, möchte ich jetzt nicht die ganze Chronologie der Ereignisse vortragen, sondern mich lieber mit den konkreten Maßnahmen und den Konsequenzen beschäftigen. Wir werden Ihnen eine ungefähr 30 Seiten lange **Chronologie** zuleiten, aus der Sie die Ereignisse im einzelnen entnehmen können. Ich glaube, anhand dieser Chronologie werden wir in den Fachausschüssen dann die notwendigen Konsequenzen diskutieren können.

Ich möchte nun zu den eingeleiteten Maßnahmen und einigen Kritikpunkten sowie den Konsequenzen etwas sagen. Wir gehen davon aus, daß mit Ablauf des kommenden Wochenendes die Löscharbeiten auf dem Schiff erfolgreich abgeschlossen werden können, sofern sich die Wetterverhältnisse nicht verschlechtern; das muß man einschränkend immer hinzufügen. Unter diesen **Wetterbedingungen** wird dann auch die Bergungsplattform aus Rotterdam eingetroffen sein, so daß nach **Beendigung der Löscharbeiten** mit der **Bergung des Öls** begonnen werden kann. Bis jedoch - auch das muß man sagen - das Öl vollständig aus dem Wrack entfernt ist, können durchaus noch einige Wochen vergehen. Das sagen alle Fachleute, die an diesem Unternehmen beteiligt sind.

Für den schlimmen, aber notwendigerweise von uns auch vorauszuplanenden Fall eines **Auseinanderbrechens des Frachters** und der schlagartigen Freisetzung größerer Öl Mengen werden wir alle möglichen Vorkehrungen zur Bekämpfung direkt auf See und an den Stränden treffen.

Ich will hier aber auch nichts beschönigen. Alle Fachleute gehen davon aus: Wenn dieses Schiff auseinanderbricht, werden die größeren Mengen nicht auf See bekämpft werden können. Sollte sich die Situation auf den Inseln Amrum, Föhr, Sylt und auf den Halligen verschärfen und sollten die örtlichen

(Minister Rainder Steenblock)

Kräfte für eine erfolgreiche Ölbekämpfung nicht ausreichen, dann hat sich die Landesregierung bereits der weiteren **Unterstützung** durch das **Technische Hilfswerk** - sie sind jetzt schon mit Mannschaften vor Ort auf den Inseln -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nach drei Wochen jetzt erst!)

sowie der **Bundeswehr** versichert.

Um auch das deutlich zu machen: Es hat von den offiziellen Stellen der Inseln bisher keine Anforderungen der Bundeswehr gegeben. Wir sind gerade mit den Einsatzleitungen vor Ort in einem sehr konstruktiven Miteinander. Die Inseln haben alle die Kräfte bekommen, die sie angefordert haben, und werden sie auch in Zukunft bekommen.

(Ursula Röper [CDU]: Das ist nicht nur eine Sache der Inseln!)

In der politischen Situation ist es jetzt wichtig, die notwendigen Konsequenzen aus diesen Vorfällen zu ziehen. Aus meiner Sicht zeigt die Situation um die „Pallas“ klar und deutlich: Wir brauchen ein neues **Sicherheitskonzept für die Deutsche Bucht**.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen innerhalb dieses Sicherheitskonzeptes eine verbesserte Organisations- und Entscheidungsstruktur für das Handling solcher Fälle. Wir brauchen einen Notfallstab, der in ständiger Übung und somit in der Lage ist, solche Havarien unter Beteiligung der Länder zu managen. Es müssen die technischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen optimiert und geschaffen werden, damit auch im Notfall kein Zeitverzug eintritt. Wir müssen dazu gemeinsam mit dem Bund überprüfen, ob Änderungen im Bereich des nationalen und des internationalen Rechts vorgenommen werden können, damit dieses tatkräftige Eingreifen auch möglich wird.

Ich will das sehr deutlich sagen: Das Sicherheitskonzept, das bisher vom Bund vertreten worden ist, setzt aus meiner Sicht insbesondere mit den beiden Bundes Schiffen „Mellum“ und „Neuwerk“ - ich habe das nicht erst jetzt gesagt, sondern ich bin in dieser Sicherheitsdebatte seit vier Jahren aktiv - zu sehr darauf, Gefahren, die entstanden sind, zu bekämpfen. Das ist richtig. Aber dieses Sicherheitskonzept vernachlässigt die Situation, daß wir **Hochseeschleppkapazitäten** brauchen und daß es innerhalb dieses Sicherheitskonzeptes notwendig ist, einen Hochseeschlepper wie die „Oceanic“ dauerhaft in der Deutschen Bucht zu stationieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb bin ich auch entsetzt gewesen - das sage ich sehr offen; ich habe Herrn Müntefering und auch Herrn Wissmann in der Sache geschrieben -, als ich gestern die Ausschreibung im „Bundesanzeiger“ gesehen habe. Nach diesen Zusagen „Es gibt ein neues Konzept und

einen Frachter“ ist jetzt wieder nur eine Ausschreibung bis zum 15. April als Sicherheitsstandard für die „Oceanic“ vorhanden. Ich halte es für unabdingbar, einen Schlepper ständig in der Bucht zu haben. Dann ist es mir auch egal, ob ein grüner, ein schwarzer oder ein roter Verkehrsminister in Bonn sitzt. Wir als Land und wir hier an der Westküste haben ein Interesse daran, daß diese Sicherheit ständig gewährleistet ist. In dieser Sache kritisiere ich einen roten oder einen grünen Umwelt- oder Verkehrsminister genauso wie einen schwarzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden das überprüfen, was in unseren Entscheidungsabläufen kritisch gelaufen ist. Das ist völlig klar. Hier ist jeder in seinem Bereich gefordert. Das mache ich auch bei uns. Ich habe immer gesagt, daß auch bei uns die Maßnahmen optimiert werden müssen.

(Widerspruch und Zurufe bei der CDU)

Ich will das sehr deutlich sagen: Ich glaube, daß die Situation um die Sicherheitskonzepte in der Deutschen Bucht eine sehr lange Vorgeschichte hat. Ich frage all diejenigen, die sich jetzt - wie die besten Kapitäne, die immer an Land sitzen - über **Sicherheit im präventiven Bereich** große Gedanken machen und schnell mit der Kritik an der Hand sind: Wo waren Sie denn, als es darum ging, die Schiffsbesetzungsverordnung zu verändern? Wo waren Sie denn, als es um die Billigflaggengedebatte ging?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wo waren Sie, als es um die Überprüfung von Schiffsstandards ging? Wo waren Sie, als es um einen Hafungsfonds für Reeder ging?

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Maurus?

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Nein, es tut mir leid. Ich habe meine Redezeit schon überzogen. Ich würde gern länger in diese Debatte gehen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben inhaltlich überzogen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich möchte gern zum Schluß kommen.

Ich habe deutlich gemacht, daß wir uns in unserem Bereich - in Zusammenarbeit der Küstenländer mit dem Bund - in die Aufarbeitung der Konsequenzen stürzen müssen. Es muß ein neues Sicherheitskonzept geben. Dabei bin ich auch auf Ihre Mitarbeit angewiesen, was die fachliche Zuarbeit angeht.

Lassen Sie mich zum Schluß ganz deutlich sagen: **Wettbewerb** und **Globalisierung** dürfen nicht dazu führen, daß **Sicherheitsstandards** reduziert werden. In dieser Situation, in der wir tatsächlich eine Katastrophe haben, werden in dieser Debatte Konzepte präsentiert, die schon lange diskutiert worden sind,

(Zuruf von der CDU: Frechheit!) die aber mit dem Hinweis auf unsere Wettbewerbssituation und auf ökonomische Zwänge immer wieder abgelehnt worden sind.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Der ökonomische Zwang darf an dieser Stelle nicht auf Kosten der Sicherheit und damit auf dem Rücken der Küstenländer und der Menschen realisiert werden. Dafür habe ich als Minister kein Verständnis. Ich glaube auch nicht, daß die Menschen an der Küste dafür Verständnis haben.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, bitte kommen Sie zum Schluß.

Rainder Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Einen letzten Satz! Sicherheit für die Menschen und Schutz für die Natur sind und bleiben weiterhin die obersten Leitlinien meines Handelns. Das sollten die obersten Leitlinien der Politik sein. Das sollten wir bei den finanziellen Konsequenzen dieser Katastrophe auch als guten Ratschlag und als Leitlinie übernehmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich bin gebeten worden, die Sitzung zu unterbrechen. - Sind fünf Minuten in Ordnung? - Die Sitzung ist bis 10:25 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung: 10:18 bis 10:30 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Die Sitzung ist wiedereröffnet. Ich möchte Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

Ich erteile jetzt dem Herrn Abgeordneten Dr. von Hielmcrone das Wort.

Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Wenn die Vögel Trauer tragen“ titelt die „Dithmarscher Landeszeitung“ am 11. November zum Öldesaster vor der nordfriesischen Küste. Wir alle tragen Trauer, sind betroffen, sind unglücklich, aber auch in hohem Maße unzufrieden, ja zornig; wir sind zornig und empört deswegen, weil so viele Fragen im Raum stehen, die nicht beantwortet worden sind, und weil wir genau wissen, daß das noch nicht die große **Ölkatastrophe** war. Es hätte alles noch schlimmer kommen können. Es sind Fragen zu stellen.

(Unruhe - Konrad Nabel [SPD]: Wir können Sie nicht verstehen!)

- Ja, ich kann nichts dafür, wenn die technische Anlage nicht mitmacht.

Es sind Fragen zu stellen: Wieso hat es überhaupt so weit kommen können? Wieso wurde die „Pallas“ nicht eher auf den Haken genommen, rechtzeitig, als es noch nicht zu spät war? Warum wurde soviel Zeit nicht genutzt? Das Unglück kam nicht über Nacht.

Vor allen Dingen: Ist das internationale Seerecht noch zeitgemäß - stammt es doch aus dem Zeitalter der Segelschiffe und nicht aus dem der Supertanker?

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Ist es überhaupt eine Frage des Seerechts gewesen? Wurde nicht noch am 24. Oktober dieses Jahres der weit größere Bulkcarrier „Ruby XL“, deren Hauptmaschine 20 Seemeilen nördlich Terschelling ausgefallen war, meines Wissens auf Geheiß der Einsatzleitstelle in Cuxhaven auf den Haken genommen? Welche Unterschiede gab es in beiden Fällen? Warum wurde die „Oceanic“ nicht eingesetzt? Wie sieht es mit **internationaler Kooperation** aus, wie mit der mit Dänemark? Warum geschah dort offensichtlich gar nichts?

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Das sind viele Fragen, und es werden noch viele dazu kommen.

Wir müssen alle diese Fragen stellen, aber wir müssen uns zu diesem Zeitpunkt auch davor hüten, vorschnelle Schuldzuweisungen nach der einen oder anderen Stelle, nur weil es uns gefällt, auszusprechen - so als hätten wir es besser gewußt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau diesen Fehler vermeidet der gemeinsame **Antrag** aller Parteien in diesem Landtag. Das ist sehr wohltuend; denn nur diese **Gemeinsamkeit** kann dazu führen, daß wir zu einer objektiven und vor allen Dingen - das ist doch in der derzeitigen Situation notwendig - nüchternen Aufklärung der Fakten kommen können. Das ist bitter notwendig. Deswegen richte ich wirklich den Appell an alle Mitglieder dieses Hauses, heute nüchtern an diese Dinge heranzugehen, ohne Emotionen, auch wenn es so schwierig ist, auch wenn wir innerlich vor Zorn bebén. Aber das wäre kein guter Ratschlag.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor allem müssen **Schlüssefolgerungen** gezogen werden. Wir müssen alle dafür sorgen, daß das nicht nur auf dem Papier stehenbleibt, sondern in die Tat umgesetzt wird und nicht irgendwo in dem bekannten Gestrüpp zwischen Bequemlichkeit und Zuständigkeitsgerangel hängenbleibt. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller, die wir hier im Parlament zusammen sind. Wir haben heute die Chance, nach außen deutlich zu machen, daß wir hier zusammenstehen. Es ist unsere Aufgabe, die wir uns praktisch in die Hand versprechen müssen, daß wir gemeinsam alles tun werden, um Konsequenzen aus möglichen Fehlern, schlechten Informationswegen und mangelnder Kooperation zu ziehen. Das ist das mindeste, was wir tun können.

Auch darin liegt der Ernst dieser Situation. Erweisen wir diesem Ernst auch das angemessene Verhalten. Nutzen wir ihn nicht zu kleinlichem Gezänk, jedenfalls nicht hier in diesem Parlament.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was soll das denn?)

Wir wissen, daß wir letztlich nicht jeden Unglücksfall verhindern können. Wir müssen aber alles Menschenmögliche tun, um Vorsorge zu treffen, damit er nicht eintritt, und die Folgen möglichst gering gehalten werden können. Wir sehen ja, was Öl in diesem empfindlichen Ökosystem Wattenmeer anrichten kann.

Es ist in der Tat richtig, daß dieser Unglücksfall auch ein Licht auf die laufende Debatte um den Nationalpark wirft. Wer daraus indessen den Schluß ziehen würde, wir brauchten uns um die Verbesserung und Ausgestaltung des Nationalparks eigentlich nicht mehr zu kümmern, der irrt. Im Gegenteil, gerade dieser Un-

glückfall zeigt, wie empfindlich, wie sensibel und leicht störbar und zerstörbar dieses einzigartige **Naturgebiet** ist, das **Nationalpark** wurde, damit es besser geschützt und als Weltnaturerbe erhalten bleiben kann.

Richtig ist aber: Ohne einen wirksamen Schutz vor Gefahren der Störung und Zerstörung von außen sind natürlich alle Bemühungen vergebens und unnütz. Es muß also beides geben: Ausbau des Nationalparks und effizienten Schutz des Gebietes vor den Gefahren, die von außen drohen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht gelingt es mir ja, nach einem etwas turbulenten Ausgleich etwas Versöhnliches zu bringen. An dieser Stelle ist vor allem denen zu danken, die sich für die **Abwehr der Unglücksfolgen** eingesetzt haben, und zwar von der Verwaltungsspitze in den Ministerien bis zur Amtsverwaltung und den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren. Überall dort, wo sie gefordert sind, sind Menschen im Einsatz, die ihr Bestmögliches tun, um die Konsequenzen abzuwenden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer sich vor Ort informiert und mit den Leuten spricht, dort anruft, der weiß dies auch. Neben dem Dank an die Freiwilligen Feuerwehren muß auch den Zivildienstleistenden gedankt werden, die selbst, zum Teil blutjung, etwa die schreckliche Arbeit leisten müssen, Tiere von ihrem Leid zu erlösen.

Wir danken den Mannschaften auf den Schiffen, und dabei kann ich nur sagen: Wie gut, daß wir die Schiffe des ALR Husum haben! Wir danken all denen, die daran mitarbeiten, dieses Unglück in den Griff zu bekommen.

Dieser Dank wäre aber hohl und schal, wenn wir nicht gemeinsam unsere Arbeit leisten würden: Aufklärung der Fakten, Feststellung möglicher Fehler und vor allem, alles zu unternehmen, damit diese Fehler nicht wieder vorkommen können. Leisten wir diese Arbeit gemeinsam, nüchtern, emotionslos und mit Verantwortung, damit uns das nächste Unglück, die nächste Katastrophe erspart bleibt, damit die Finger nicht auf uns zeigen, weil wir unsere Arbeit nicht geleistet haben.

(Dr. Ulf von Hielmcrone)

Der gemeinsame Antrag ist der erste Schritt auf diesem Weg. Wir dürfen ihn nicht verlassen, denn wir müssen ihn im Interesse unseres Landes gemeinsam weitergehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:
Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Maurus das Wort.

Heinz Maurus [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gerade einmal zwei Jahre her, daß wir hier im Hause anlässlich der damaligen **Ölverschmutzung** der Strände der Insel Amrum die Diskussion um Schiffssicherheit und Ölverschmutzung in der Nordsee geführt haben. Vor dieser Diskussion gab es andere, in denen diese Thematik im Mittelpunkt stand - immer beseelt von der klaren Erkenntnis und dem Willen, daß die erkannten Mißstände beseitigt und zur Lösung der Probleme geeignetes nationales und internationales Regel- und Gesetzeswerk geschaffen werden müsse. Die damalige Bundesregierung ist auch tätig geworden. Ihr Bericht an den **Bundesrat** über den Stand der Umsetzung des Maßnahmenprogramms zur **Verbesserung der Schiffssicherheit und der Gefahrguttransporte** auf See - Bundesratsdrucksache 471/98 vom Mai 1998 - weist dies ausdrücklich aus. Herr Minister, ich empfehle Ihnen diesen Bericht ausdrücklich zur Lektüre.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zahlreiche Forderungen aus Schleswig-Holstein sind dort aufgenommen worden. Das war vor Ihrer Zeit hier im Lande, als im Jahre 1993 unter anderem die Abgeordneten Kayenburg und Stritzl gerade zu der von Ihnen angesprochenen Problematik Anträge gestellt haben.

(Thomas Stritzl [CDU]: So ist es! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Tja, aber dann!)

Es ist eine ganze Menge passiert, und doch stehen die Menschen auf den Inseln und an der Küste auch heute wieder mit der geballten Faust in der Tasche und Wut im Bauch da, weil sie wieder einmal die Leidtragenden eines Schiffsunglücks sind. Mit Ohnmacht, Zweifel und Unverständnis schauen die Betroffenen und viele Bürgerinnen und Bürger dieses Landes auf die Geschehnisse.

Als ich Montag auf Amrum war, sind mir ähnliche Szenen begegnet, wie Sie, Herr Minister Buß, sie gestern beschrieben haben.

Da wird jahrelang über den Schutz des Wattenmeeres diskutiert, werden Pläne gemacht, wird geredet und dirigiert, werden Verbote und Gebote aufgestellt, und dann gerät am 26. Oktober ein Frachter in Brand, treibt führerlos vom Seegebiet Esbjerg bis in den östlichen Bereich Amrums, läuft am 29. Oktober auf Grund und

verliert Öl, das die Küsten und Sandbänke verschmutzt, Existenz von Menschen bedroht, das Ökosystem Wattenmeer schädigt, zahlreiche Tiere vernichtet und alle vorangegangenen Bemühungen in Frage stellt.

Dies, obwohl die **Rettungskräfte** - dies möchte ich ausdrücklich betonen - ihr Bestes gegeben haben. Daher möchte ich auch namens meiner Fraktion all denen, die sich mühten, das Unglück zu verhindern, zum Teil unter Einsatz ihres eigenen Lebens, den Besatzungen der SAR-Hubschrauber, dem 1. Offizier der Bugsier-Reederei und den Besatzungen der an der Hilfsaktion beteiligten Schiffe unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen.

(Lebhafter Beifall im ganzen Haus)

Unser Dank gebührt aber auch denjenigen, die unter Aufbietung aller Kraft die an den Küsten entstandenen Schäden beseitigen - die Voredner haben sie schon genannt -: den Freiwilligen Feuerwehren, den Frauen und Männern, Einheimischen wie Gästen, den Naturschützern, Jägern und anderen, die in beispielhafter Solidarität dort arbeiten.

(Beifall im ganzen Haus)

Die Menschen auf den Inseln und an unseren Küsten haben ein Anrecht darauf, daß sie alle mögliche Hilfe der Landes- und Bundesregierung erfahren und daß alles getan wird, um diese ihren Lebensraum und ihre Existenz bedrohende Zeitbombe „Pallas“ unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten und Mittel schnellstmöglich zu entschärfen. Sie haben einen Anspruch darauf, daß die besten Spezialisten zur Verhinderung einer Katastrophe hinzugezogen werden, und sie haben einen Anspruch auf optimales, professionelles **Krisenmanagement**, Herr Minister.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister Steenblock, dieses Krisenmanagement ließ hier offensichtlich erheblich zu wünschen übrig. Sachgerechte Entscheidungen bedürfen eines klaren Lagebildes, enger **Kooperation** und optimaler **Koordinierung**. Ich trenne hier sehr wohl zwischen dem Einsatz vom 23. bis 29. Oktober und dem, was da-

(Heinz Maurus)

nach folgte und mehr oder weniger ausschließlich in Ihrem Verantwortungsbereich lag.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Ich frage Sie: Ist es denn richtig, daß die Staatskanzlei, das Innenministerium, das Verkehrsministerium, das Wehrbereichskommando I Küste, die Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord, der Landesfeuerwehrverband und der Länderverbund Technisches Hilfswerk bisher nicht in Ihren Informationsstrang eingebunden waren?

(Thomas Stritzl [CDU]: Hört, hört!)

Ist es denn richtig, daß Sie erst auf nachdrücklichen Hinweis aus der Region die Wasserschutzpolizei Kiel und das Wasserschutzpolizeirevier Husum in Ihren Verteiler aufgenommen haben? Herr Minister, ist es denn richtig, daß von Ihnen daneben das Staatliche Umweltamt Schleswig, der Landrat des Kreises Nordfriesland, das Nationalparkamt und weitere acht Naturschutzorganisationen, nämlich die Schutzstation Wattenmeer, der WWF Husum, der Verein Jordsand e.V., die Naturschutzzgemeinschaft Sylt, der BUND, der Nabu Neumünster, die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste und die Söl'ring Foriining e.V. mit Informationen versorgt wurden, jedoch nicht das Amt für Katastrophenschutz?

(Zurufe von der Opposition: Unglaublich!)

Ist es denn richtig, daß Sie die Ihnen angebotene Hilfe des Innenministers, nämlich die Nutzung der Krisenzentrale in seinem Hause, den Rückgriff auf vorhandene Technik und extra geschultes Personal, zur optimalen Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr zunächst nicht angenommen haben?

Wenn nur Teile hiervon zutreffen würden, wäre dies ein deutliches Zeichen für ausgeprägten Ressortegoismus, aber nicht für professionelles Krisenmanagement und die erforderliche Verantwortung, die Ihr Amt gebietet.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Minister, Sie sind bereits mit dieser Krise total überfordert. Sie sollten hieraus die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir werden diesen Fragen genauso auf den Grund gehen, wie wir zu klären haben, weshalb die Dänen nicht in ihrem Seengebiet der „Pallas“ mit einem geeigneten Schlepper zur Hilfe gekommen sind.

Die Geschehnisse legen nahe, erstens die Einsatzkommandostrukturen auf See und Land zu überprüfen, zweitens der Frage der Vorrangigkeit der Aufgaben des Gewässer- und Küstenschutzes gegenüber Bergungsverträgen nachzugehen und drittens zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, eine speziell ausgebildete und ausgerüstete Einsatztruppe zu schaffen, die unter schwierigen Bedingungen auf einem unbemannten und energielosen Havaristen die notwendigen Arbeiten ausführen kann; in Frankreich gibt es so etwas.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Heinz Maurus [CDU]:

Ich komme gleich zum Schluß. - Des weiteren gilt es, einer Reihe von Vorwürfen nachzugehen und eine Vielzahl von Detailfragen zu klären, und zwar von dem Zeitpunkt an, zu dem am 23. Oktober auf der „Pallas“ der Brand ausbrach.

Ziel unseres gemeinsamen Bemühens muß es sein, zusammen mit den betroffenen Bundesländern und der Bundesregierung eine **Analyse der Vorfälle** seit Ausbruch des Brandes auf der „Pallas“ unter Hinzuziehung unabhängiger Experten fertigen zu lassen, das **Ge samtkonzept der Sicherheit** in der Deutschen Bucht neu zu beraten und nationale wie internationale Regelungen der IMO zu überprüfen, um in Zukunft zu mehr Sicherheit in unseren Gewässern zu kommen. Vorrangig jedoch geht es jetzt darum - ich betone das noch einmal - , unter Aufwendung aller Möglichkeit und Chancen, die wir haben, die aktuelle Situation zu be seitigen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen gemeinsamen Antrag zu stande gebracht; dennoch führen wir hier eine Diskussion, wie ich sie mir nicht gewünscht habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen und Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt. Wir haben gestern ziemlich ernsthaft über Parlamentarismus und die Aufgaben des Parlaments gesprochen,

(Zurufe von der CDU)

und das hat auch etwas damit zu tun, daß wir möglichst unabhängig gemeinsam darüber nachdenken,

(Irene Fröhlich)

wie ein so schwerer Unfall vor unserer Küste vom Parlament zu bewerten und zu beantworten ist.

(Klaus Schlie [CDU]: Da haben Sie völlig recht!)

Daß da hämisches Gelächter angebracht sein sollte, nimmt mich wunder.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Ach, Frau Fröhlich, fangen Sie nicht wieder mit der alten Leier an!)

- Ich kann auf solchen Kram nicht eingehen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben deutlich gezeigt, daß **Schiffsunfälle** leider mit trauriger Regelmäßigkeit auftreten. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß auch mit der Schiffstechnik Gefahren für unsere Umwelt verbunden sind und wir darauf zu reagieren haben.

Bilder der verunglückten „Exxon Valdez“ vor Alaska, der verölt bretonischen Küste nach dem Strandunfall der „Amocco Cadiz“ tauchen in meinem Gedächtnis wieder auf. Auch die „Braer“, die vor wenigen Jahren vor der wunderschönen Küste der Shetland-Inseln als Ölfontänen sprühendes Ungeheuer in der Brandung lag - ich habe die Fernsehbilder wieder deutlich vor Augen. Und jetzt ein brennendes Schiff vor Amrum!

Daß es diesmal kein Supertanker mit einer Ölladung war, sondern „nur“ ein Holzfrachter, kann einen vielleicht ein wenig erleichtern, aber es kann uns nicht dazu bringen, die Augen davor zu verschließen, daß wir es in der Deutschen Bucht, der weltweit am meisten befahrenen Seefahrtsstraße, ständig mit unermeßlichen Gefahren zu tun haben.

Dennoch: Obwohl es „nur“ dieser Holzfrachter war, sind es Zehntausende von Trauerenten und die einzige deutsche Kolonie von Kegelrobben, die bedroht sind und die jetzt ihr Leben aufgeben müssen - und das im Nationalpark oder unmittelbar vor ihm.

Die Geschehnisse um die „Pallas“ zeigen viele Probleme auf, an die wir im Zusammenhang mit der Schiffsfahrt und den Gefahren, die von ihr ausgehen können, zunächst eigentlich nicht denken wollen. Die **Treibstoffmenge** zum Beispiel, mit denen große Frachter und Containerschiffe fahren - weil sie einfach riesig sind -, ist inzwischen so groß, daß sie die Menge überschreiten kann, die in kleinen Tankern und Spezialschiffen transportiert wird. Diese kleinen Schiffe fahren zu Recht unter ganz anderen Sicherheitsvorschriften als **Frachter** mit vermeintlich ungefährlicher Ladung.

Wenn jetzt aber in Zukunft riesige Containerschiffe die eigens vertiefte Elbe rauf und runter fahren und dabei mit ihren großen Schweröl- und Dieseltanks nur eben über den Elbgrund „schrabben“ - man mag sich überhaupt nicht ausmalen, welche Gefahren damit verbunden sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Man hätte tiefer ausbaggern können!)

In den beiden letzten Jahren gab es jeweils größere **Ölverunreinigungen**; 1996 war Amrum schon einmal durch Öl auf dem Kniepsand betroffen. Doch dabei handelte es sich „nur“ um Ölverunreinigungen durch illegale Auswaschungen von Tanks, nicht um tatsächliche Schiffsunglücke. Aber bereits dafür beliefen sich die **Entsorgungskosten** auf 2,5 Millionen DM. Ich möchte wissen, wann denn nun endlich einmal geregelt wird, daß hier nicht einfach etwas auf die Öffentlichkeit umgelagert wird, was im Namen von Globalisierung und notwendiger Wirtschaft, von notwendigem Geschäftemachen hier passiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es sind in aller Regel die Russentanker!)

Wir erleben zur Zeit den Schaden, den diese gerade mal 680 t Schweröl, die die „Pallas“ als Treibstoff geladen hat, anrichten können. Heute morgen wurde nun auch der erste ölverschmierte Seehund erschossen.

Ich mag mir gar nicht ausmalen, welche Folgen die Bilder, die auch gestern abend wieder bundesweit im Fernsehen zu sehen waren, für den Tourismus haben werden. Aber das soll ein zweitrangiges Problem sein.

Ich mag mir schon überhaupt nicht vorstellen, was passieren würde, wenn in der Deutschen Bucht einer der 250.000 t großen **Supertanker**, die das „schwarze Gold“ unter anderem nach Wilhelmshaven bringen, einen Ruder- oder Maschinenschaden hätte. Aber genau das muß passieren! Genau das müssen wir uns ausmalen, wenn wir weiter Schaden von unserer Westküste abwenden wollen!

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Ich muß zum Ende kommen, weil meine Redezeit um ist. Ich möchte deutlich machen: Wenn wir meinen, das „schwarze Gold“ so massenhaft in unseren Wirtschaftskreislauf einbringen zu müssen, und nicht bereits im Vorwege dafür sorgen, daß dies unter besseren Bedingungen passiert, als das bisher der Fall ist, haben wir uns an unserer Natur versündigt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kein Öl mehr! Dann haben wir auch keine CO₂-Problematik mehr!)

(Irene Fröhlich)

Wenn Sie von mir noch etwas Konkretes dazu wissen wollen, sage ich folgendes: Der **Nautische Verein** hat 1992 einen Brief an die damaligen Bundesminister Krause und Töpfer geschrieben mit einem ausführlichen **Vorschlag** einschließlich der ausformulierten Paragraphen einer Satzung darüber, wie in Zukunft mit solchen Unglücken umzugehen sein sollte. Ihrer Aufmerksamkeit ist besonders § 9 empfohlen, der festlegt, daß, wenn Private dazu nicht mehr in der Lage sind, der Staat handeln muß,

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

und zwar, ohne daß die Öffentlichkeit das zu tragen hat.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Dies schmört noch heute im Keller. Wir versuchen, das hervorzuholen. Das hat die Bundesregierung, wenn überhaupt, nur in unzureichenden kleinen Teilen übernommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Innenminister, erzählen Sie uns einmal etwas über Gefahrenabwehr!)

Wenn Sie diese parteipolitische Zuspitzung wollen, können Sie die von uns kriegen. Das ist nicht das Problem, aber das ist auch nicht mein Bestreben, wenn es um solch ein furchtbares Unglück an der Westküste geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Da hätte Ihr Minister mal handeln müssen! Erzählen Sie nicht solchen Stuß!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Fröhlich, vom Parlament ist nicht der Unglücksfall, sondern das **Handeln** der **Landesregierung** zu bewerten und aufs Podium zu stellen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit Forderungen nach immer neuen Konzepten, Herr Minister, kann nicht überdeckt werden, daß die Landesregierung in ihrem ureigenen Handlungsbereich schlicht versagt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Beschwören von Zukunftsängsten, das Ausmalen gigantischer Dimensionen kann doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese 600 t Öl schon zuviel sind für diese Landesregierung, die nicht in der Lage ist, ordentlich damit umzugehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine gemeinsame Aufgabe! Das wissen Sie ganz genau! Sie reden Unsinn!)

Sie trauern um die Trauerenten. Wir trauern mit. Wir haben aber auch Mitgefühl mit denen, die vor Ort vor Wut mit Händen in den Taschen einfach zugucken müssen, wie die Landesregierung die Mittel hat, das Material hat, die Menschen hat, um helfen zu können, und einfach nichts tut, keine Koordinierung macht, ihre Aufgaben nicht wahrnimmt. Ich finde es nett, daß Sie die Trauerenten an der Küste erwähnen. Sie sollten aber auch einmal die Menschen an der Küste in ihre Kalkulation einbeziehen. Die Menschen dort haben Anspruch, Hilfe von uns zu bekommen, haben Anspruch darauf, von der Politik, die das Leben der Menschen regelt, Hilfe zu bekommen.

Es ist doch einmalig, daß ein Minister von der Ministerpräsidentin an die Küste geschickt werden muß, damit er sich einmal anguckt, was vor Ort eigentlich geschieht, damit er Anteil nimmt mit den Menschen vor Ort und sich einen eigenen Eindruck verschafft. Das sollte einem Grünen, der sonst als „Gutmensch“ auftritt und sich in Betroffenheitslyrik ergeht, selbstverständliche Pflicht sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist offensichtlich, daß der Umweltminister nur ein geringes Interesse an den Vorgängen vor Ort und an der zügigen Krisenbewältigung hatte.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch gelogen! Das ist doch gar nicht wahr!)

Was interessieren uns seine Reden von vor vier Jahren? - Wir wollen sein Handeln heute!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Ursache ist doch auch allzu offensichtlich. Dieser Unglücksfall läßt sich nicht für grüne Klientelpolitik instrumentalisieren. Da ist handfestes Handeln gefordert. Bei solchen Bedingungen lockt ihn noch nicht einmal ein Fernsehauftritt. Drei Tropfen Öl auf dem Gelände eines Kernkraftwerks, und die drohende Katastrophe wird an die Wand gemalt!

(Zuruf von der CDU: So ist das!)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Tonnen von Öl im Watt, keine Reaktion! - Herr Minister, nein, danke!

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hier, was Sie gerade sagen, nutzt den Menschen, ja?)

- Die Betroffenheitslyrik von Minister Steenblock hat den Menschen noch zu keinem Zeitpunkt geholfen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Besatzungen der Bergungsschiffe „Mellum“ und „Neuwerk“ sowie des Fischereiaufsichtsschiffes „Meerkatze“ haben bei ganz schwerem Seegang übermenschliche Anstrengungen erbracht, um den Brand zu löschen, ein Strandens des Frachters zu verhindern, um ihn nach der Strandung wieder freizuschleppen. Das gilt auch für die Besatzungen der Hubschrauber. Ihnen sollten wir alle für ihren übermenschlichen Einsatz danken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Für die F.D.P.-Fraktion ergeben sich aus dem besonderen **Schutz des Wattenmeeres** nicht nur Einschränkungen für die dort lebenden Menschen, sondern insbesondere **Pflichten für die Landesregierung**. Wir können nicht erkennen, daß die Landesregierung in gleicher Weise, wie sie der Bevölkerung an der Westküste mit der Begründung des Schutzes des Wattenmeeres Einschränkungen abverlangt, diesen Schutz auch vor äußeren Gefahren gewährleistet.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die eigentliche Ursache des Schiffsunglücks vor Amrum liegt bereits 19 Tage, also beinahe drei Wochen, zurück. Bei der damals herrschenden Drift ist es kaum als unerwartet zu bezeichnen - im Klartext: Es stand schon vor 19 Tagen fest -, daß der Frachter schließlich auf dem Festlandsockel stranden würde.

Im Rückblick der Ereignisse zieht sich wie ein roter Faden durch die Vorgänge die Unfähigkeit des Umweltministers, den Unglücksfall in der Nordsee in seiner Größenordnung zu begreifen und entsprechend zu handeln.

Dänemark, mit dem wir im Trilateralen Wattenmeerplan gemeinsam Schutzziele für das Wattenmeer vereinbart haben, ließ den Havaristen treiben. Das widerspricht dem gemeinsam festgelegten Ziel.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie des Abgeordneten Peter Zahn [SPD])

Das müßte auch Ihnen schon vor einem Jahr aufgefallen sein.

Es gibt zahllose weitere Kritikpunkte.

Die Zeit bis zur Strandung des Schiffes wurde nicht genutzt, um sich auf die zu erwartende Ölverschmutzung vorzubereiten. Das ist Handeln der Landesregierung und nicht vom Bund oder sonstwem.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber das ist eine gemeinsame Aktion! Das wissen Sie ganz genau!)

Abklärung der **Zuständigkeiten, Koordination** der erforderlich werdenden Einsätze, Bereitstellung von **Material!**

Das Angebot des Innenministeriums an das Umweltministerium, die Krisenzentrale zu nutzen, wurde nicht genutzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist unglaublich!)

Dort waren Technik vorhanden, geschultes Personal. Wie kann es sein, daß solche Ressourcen aus Profilierungssucht des Umweltministers nicht genutzt werden und die Leute vor Ort den Schaden haben?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das Ölbekämpfungsschiff der Kieler Feuerwehr wurde erst vorgestern zum Einsatz in die Nordsee geschickt. Zu keiner Zeit hat das Umweltministerium Anfragen an die Fachleute bei den Berufsfeuerwehren in Hamburg, Bremerhaven oder Bremen gestellt. Statt dessen wird jetzt eine holländische Firma beauftragt.

Nach Pressemeldungen soll das Umweltministerium die Lageberichte an die Naturschutzverbände geleitet haben, aber nicht an die zuständigen Stellen. Es ist offensichtlich, daß der Umweltminister mit dem Management der Bewältigung der Folgen dieses Unglücksfall überfordert war.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Hinzu kommt, daß die mentale Einstellung des Ministers, wie sie an seinen Entscheidungen abzulesen ist, eher an einen Verbandsvertreter erinnert, der einen eng begrenzten Auftrag zur Interessenvertretung hat, denn an einen Minister, der sich verpflichtet fühlt, zum Wohl des ganzen Volkes zu arbeiten.

Mit Befremden haben wir bei der Erarbeitung des Dringlichkeitsantrages festgestellt, daß sich die SPD-Fraktion im Antrag darauf beschränkt hat, Huldigungsadressen an die Landesregierung zu formulieren, statt tatsächlich zu sagen, welche Maßnahmen vom Bund gefordert werden sollen.

(Zuruf von der SPD: Quatsch! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo steht denn das?)

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Das Selbstbewußtsein von SPD und Grünen hat einen Tiefststand erreicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Bevor ich der Frau Abgeordneten Spoerendonk das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, daß soeben ein Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU und F.D.P. eingegangen ist. Ist er inzwischen auch bei Ihnen angekommen?

(Zurufe: Ja!)

Wir werden am Ende der Beratung darüber abstimmen. Frau Abgeordnete Spoerendonk, Sie haben das Wort.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat einen ganz eigenartigen Tenor bekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ausgangspunkt dieser Diskussion ist doch - daran möchte ich noch einmal erinnern - ein interfraktioneller Antrag. Ich gehe davon aus - so habe ich es zumindest verstanden -, daß sich die Sprecher aller Fraktionen zusammensetzen wollten und sollten, damit das Hohe Haus mit einer Stimme sprechen kann, damit wir gemeinsam sagen, was - -

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

- Ja, aber ich denke jetzt an diesen Dringlichkeitsantrag. Ich möchte erst einmal zu dem übergehen, was ich eigentlich sagen wollte.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Dieser Dringlichkeitsantrag und der Ablauf dieser Debatte haben gezeigt, wie schwierig es ist, eine gemeinsame Linie zu fahren, und wie schwierig es ist, von vornherein sachgerecht zu handeln.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von CDU und F.D.P. - Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Das Handlungskonzept der zuständigen Behörden - auch das muß gesagt werden - wurde vielmehr ein Opfer von **Kompetenzgerangel** und **Schuldzuweisung**.

Das ist ein Problem, aber das Problem wird nicht dadurch gelöst, daß wir uns in diesem Hohen Haus streiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus meiner Sicht soll es hier nicht um Schuldzuweisungen gehen. Darum möchte ich eine Presseerklärung des Umweltministers aufgreifen, deren Behauptungen hier vorhin indirekt wiederholt worden sind. Es geht um die Pressemitteilung vom 9. November 1998, in der geäußert wurde, daß unsere **dänischen Nachbarn** keine

Schlepperkapazitäten für Notfälle vorhielten und daß das Schiff höchstwahrscheinlich schon in den dänischen Gewässern hätte gesichert werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Wir haben gestern das gemacht, was man vielleicht auch schon von anderer Seite hätte machen können, wir haben einfach telefoniert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, und dann?)

Ich habe mich schlau machen können. Ein Anruf bei der dänischen Schifffahrtsbehörde vor Ort bestätigte, daß es tatsächlich so ist, daß der dänische Staat keine Schlepper besitzt. In Notfällen - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Hör zu! In Notfällen wird - -

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

In Notfällen wird - das ist eine klare Absprache - auf **private Eigner von Schleppern** zurückgegriffen. Es handelt sich vielfach um Schlepper, die sich im Einsatz vor den Bohrinseln in der Nordsee befinden. Das heißt also, daß in ausreichender Entfernung Schlepperkapazitäten vorhanden sind.

Ich sage das hier ganz diplomatisch. Die Person, mit der ich sprach, hat sich viel weniger diplomatisch ausgedrückt, muß ich hinzufügen. In der Vergangenheit hat sich diese Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden und den Eigentümern der Schlepper in Notfällen bewährt. Das ist mir zugesichert worden.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Weiter wurde mir gegenüber glaubhaft erklärt - jetzt komme ich nämlich zu dem nächsten Punkt -, daß die Behauptung, das Schiff hätte in dänischen Gewässern wahrscheinlich gesichert werden können, unzutreffend sei. Den dänischen Rettungsmannschaften kam es zunächst darauf an, die Besatzung des brennenden Frachters zu retten. Nach dem gelungenen Bergungsmanöver war es den Verantwortlichen vor Ort

(Anke Spoorendonk)

aufgrund der stürmischen See nicht möglich, Personen an Bord des Frachters zu bringen, die die notwendigen Vorkehrungen für ein **Schleppmanöver** hätten durchführen können. Die vorherrschende Wetterlage hat es den dänischen Löschmannschaften auch nicht ermöglicht, das Feuer an Bord der „Pallas“ zu löschen.

Hier wird noch einmal bestätigt, was gestern in einem ganz anderen Zusammenhang gesagt wurde. Ich zitiere den Landwirtschaftsminister sinngemäß, daß sich die besten Kapitäne - er gebrauchte ein anderes Wort - an Land befänden, vor dem Fernseher mit einem Bier in der Hand.

Nach unseren Informationen ist es zu dem Leck in der „Pallas“ erst gekommen, als Schlepper die vor Amrum auf Grund gelaufene „Pallas“ freischleppen wollten. Bei diesem mißlungenen Schleppmanöver wurde das Schiff beschädigt.

Die dänischen Behörden machten uns darauf aufmerksam, daß sie technische Möglichkeiten verwenden, auf Grund gelaufene Schiffe freizubekommen. Dies wird zum Beispiel bewerkstelligt, indem der Grund unter dem Schiff weggespült wird. Das Schiff hat somit wieder eine Handbreit Wasser unter dem Kiel und kann abgeschleppt werden, ohne daß es zu einer Beschädigung kommt. Die Frage stellt sich, ob diese Möglichkeit nicht auch bei der „Pallas“ hätte angewendet werden können oder ob es wegen des Wetters nicht ging? Diese Frage würde ich gern einmal beantwortet haben.

Um es deutlich zu machen, wiederhole ich noch einmal: Mir liegt nicht daran, das Spiel der Schuldzuweisungen weiterzuspielen. Mir liegt aber doch daran, die Behauptung des Umweltministers zu relativieren. Es ist ganz wichtig, weil in dem interfraktionellen Antrag auch davon die Rede ist, die **grenzüberschreitende**

Zusammenarbeit zu optimieren. Diese Forderung nach grenzüberschreitender Zusammenarbeit darf sich nicht nur auf der konzeptionellen Ebene befinden, sondern sie muß auch dazu führen, daß man sich - so sage ich einmal - auf dem kleinen Dienstwege verständigt und abstimmt.

Ich möchte jetzt nicht - weil mir die Zeit davongelaufen ist - auf die Einzelheiten eingehen, die zuerst hätten gemacht werden müssen. Das ging ja schon aus den Beiträgen meiner Vorrednerinnen und Vorredner hervor. Ich möchte nur noch einmal an alle appellieren, uns gemeinsam mit der Analyse zu befassen und gemeinsam zu sagen, daß sich das, was geschehen ist, nicht wiederholen darf. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, daß es nicht wieder zu neuen Rangeleien kommt, und wir tragen die Verantwortung dafür, daß es in diesem Punkt zu einer Abstimmung kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt bitte schön auf dem Teppich und haltet euch an den interfraktionellen Antrag!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, das Wort hat jetzt Frau Ministerpräsidentin Simonis. Sie hat gebeten, zusätzliche Redezeit für die Regierung vorzusehen. Ich glaube, das ist selbstverständlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können wir dann ja auch!)

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten zwei Fragen unterscheiden. Die eine ist: Was brauchen die Menschen an Hilfe und Unterstützung von uns, die am Ufer stehen und sehen, wie die Placken auf ihre Küste zutreiben, und die hoffen, daß der Tanker nicht auseinanderbricht?

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ich darf Ihnen stichwortartig erzählen, was die Landesregierung unternommen hat: Seit dem 11.11. - ich kann für das Datum nichts -, 8:00 Uhr, tagt die **Krisenzentrale** im Innenministerium. Daran beteiligen sich die Polizei, die Bundeswehr, die zuständigen Ministerien und die zuständigen Hilfsorganisationen.

(Zuruf von der F.D.P.: 11.11. - das ist ein Scherz! - Zurufe von der CDU)

Diese Krisenzentrale tagt jeden Tag um 11:00 Uhr. Um 11:45 Uhr geht der Bericht an die Stellen vor Ort heraus, und die Presse wird informiert, weil die Berichte, die an die entsprechenden Stellen vor Ort gehen, eher in Verwaltungsdeutsch gehalten sind und nicht jeweils der Presse verständlich sein müssen.

Die Problemsituation auf Amrum und Föhr hat sich seit dem Wochenende insoweit beruhigt - insoweit beruhigt; nicht, daß Sie das Wort falsch verstehen -, als man nun glaubt, das Ganze bewerten und auch längerfristige Prognosen geben zu können über das, was demnächst passiert. Es sei denn, es würden die Herbststürme eintreten.

Richtig ist, daß sich diejenigen, die auf Amrum und Föhr versucht haben, mit den Folgen fertig zu werden, zunächst über **mangelnde Informationen** und

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

Unterstützung beklagt haben. Dies wird aber durch das neue Verfahren - durch die Krisenzentrale - in Zukunft ausgeschlossen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Helfereinsatz und Nachschub sind jetzt problemlos geregelt. Die Feuerwehren können - dies haben sie zugesagt -, bis zu 4.000 Helfer mobilisieren, das THW bis zu 800 Helfer. Dazu kommen noch hauptamtliche Kräfte von Land, Gemeinden und den entsprechenden Ämtern, die dann zur Verfügung stehen werden. Die Federführung in Sylt hat die Feuerwehr. Die Federführung auf Amrum und auf Föhr hat das Technische Hilfswerk. Jeder weiß jetzt, an wen er sich wenden kann.

(Zuruf von der CDU: Jetzt!- Thorsten Geißler [CDU]: Seit gestern!)

- Nein, jeder wußte das auch schon vorher. Diese Wege werden nämlich alle halbe Jahr geübt und sind in Krisen- und Katastrophenplänen festgelegt.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Es müßte jeder Landrat eine solche Kopie in seinem Büro haben und jederzeit hineingucken können.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

- Es müßte jeder Landrat eine solche Kopie haben, in die er hineingucken kann, um zu schauen, an wen er sich wenden kann.

Wir haben es - weil wir wissen, daß man in einer solchen Situation nicht zu den Akten greift - noch einmal aufgeschrieben und vor Ort bekanntgegeben. Jetzt weiß es wirklich jeder.

Ich danke insbesondere auch den Landesschülervertretungen, die der Frau Kultusministerin angeboten haben, daß auch sie an Stellen, an denen man **Schüler** und junge Menschen einsetzen kann, gern helfen würden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Frau Erdsiek-Rave hat mit der Krisenzentrale eine Prüfung des Angebotes in Gang gesetzt, denn das soll natürlich nicht dazu führen, daß die Kinder oder Schülerinnen und Schüler gefährdet werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die Bundeswehr ist in Bereitschaft, eine Anforderung ist zur Zeit jedoch nicht erforderlich. Sie hat erklärt, sie könne sofort auf Abruf die benötigten Menschen zur Verfügung stellen, die dann als Hilfskräfte mit eingesetzt werden können.

(Beifall der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD])

Zahlreiche **freiwillige Helferinnen und Helfer**, deren Zahl wir nicht kennen, sind im Moment im Einsatz, so daß die Zahl der Helfer so groß ist, daß keiner mehr befürchten muß, daß allein durch körperliche Erschöpf-

fung die Situation eintritt, daß nicht weiter gegen das Öl angekämpft werden kann, weil diejenigen, die schon zu lange gearbeitet haben, nicht mehr weiter können.

Als nächstes ist die **Entsorgung von Öl** und Schlämmen organisiert. Diese muß entsprechend umweltschonend gemacht werden.

Die **Schiffsbrandbekämpfung** ist eingeleitet worden. Hier darf ich allerdings noch einmal darauf hinweisen - weil vorhin bei mir das Gefühl aufgekommen ist, daß man meint, das könne jeder machen: eimerweise Wasser darüber, und dann ist die Sache erledigt -, daß man dazu Spezialfirmen braucht, die es bei uns gar nicht gibt. Dazu muß man erst einmal ausschreiben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist mit der Hamburger Berufsfeuerwehr?)

- Nein, das tut mir wirklich leid! Bei einem solchen Brand, wirklich, lieber Herr Kubicki, würde ich Sie nicht als Leiter einsetzen, denn Sie würden wirklich mit einem Eimer Wasser darangehen. Dann ginge es allerdings schief.

(Zurufe von der CDU)

Einen solchen Brand kann nur ein **Spezialist** einschätzen und bekämpfen, der weiß, was man machen kann, wo man hin- und drauftreten kann, welche Luke man aufmachen darf oder nicht. Das Ding kann in die Luft fliegen, wenn Sie an der falschen Türe rütteln. Ich würde das keinem empfehlen.

Der Luftraum wird in erforderlichem Umfang überwacht. Er ist für andere, auch private Flieger gesperrt.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Luftraum ist gesperrt, damit nicht wieder Pressehubschrauber die Arbeit derjenigen beeinträchtigen, die unten die Arbeit zu machen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das, was jetzt läuft und von dem ich überzeugt bin, daß nun alle wissen, an wen sie sich wenden können, dazu führt, daß etwas Entspannung eintritt,

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

dann sollten wir uns zusammensetzen - jetzt kommt der zweite Teil - und eine **Schwachstellenanalyse** durchführen. Ich glaube, das ist unbedingt erforderlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir gestern auch schon besprochen.
Dazu gehört, daß unter Umständen - ich deute nur an, was ich glaube, was besprochen werden muß, weil ich nicht genügend technischen Verstand habe - die **Wetterlage** falsch eingeschätzt wurde. Offensichtlich scheint es mit dem Schleppen bei Windstärke 10 sehr viel schwieriger zu sein als bei Sturm mit Windstärke 2. Wer dann hingehnt und Schiffe schickt, die bei Windstärke 2 noch standhalten können, aber bei Windstärke 7, 8, 9 oder 10 dazu nicht mehr in der Lage sind, hat einen Einschätzungsfehler gemacht. Da muß man nachfragen, wie das passiert ist und wie das in Zukunft verhindert werden kann.
Die Koordinierungsstelle des Bundes in **Cuxhaven** hat meiner Meinung nach auch nicht optimal gearbeitet. Ich meine das aus vielen Gründen, die ich jetzt nicht darstellen möchte, weil ich niemanden angreifen möchte.

(Martin Kayenburg [CDU]: Warum hat Minister Steenblock dann als erstes mit denen gesprochen?)

- Das ist der Punkt. Da gibt es Schwachstellen - -

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Nein, nein. Ich wollte das gerade sagen. Wenn Sie mich meinen Satz noch zu Ende reden lassen, dann werden Sie das verstehen. Es geht gar nicht darum, wer mit wem als erstes gesprochen hat.
In dieser Gruppe scheint es darauf anzukommen, daß man einstimmige Beschlüsse faßt, damit die **Geldverteilung** hinterher - die Kosten - stimmt.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das weiß man aber doch schon lange!)

- Das ist ja nicht das Problem. Das Problem ist, daß da unter Umständen das Sein das Bewußtsein bestimmt haben könnte. Ich möchte jetzt nicht mehr zu dem Thema sagen, weil sie sich hier nicht wehren können. Aber man muß das prüfen, ob das vielleicht der Grund gewesen ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe das schon an den Verkehrsminister geschrieben. Ich habe den Bundesverkehrsminister auch gebeten, mit uns gemeinsam noch einmal mit den Dänen zu reden, damit nachher nicht der eine sagt, wir haben keinen Schlepper, und der andere sagt, wir hatten einen, und unter Umständen hätte man telefonieren können, dürfen, sollen, müssen - ich weiß es nicht. Das möchte ich jetzt genau und schriftlich von jemandem gesagt bekommen.

Daß wir uns die **Schiffbaupläne** auf dunklen Kanälen haben besorgen müssen, halte ich nach wie vor für einen absoluten Skandal. Es ist für einen Menschen, der an Bord eine Krise bewältigen muß, lebensgefährlich, wenn er keine Schiffbaupläne hat und er die Auf- und Abgänge nicht kennt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist unmöglich.

Ich glaube, daß wir auch die nationale und internationale Gesetzgebung daraufhin überprüfen müssen, einen Eigner davor „zu bewahren“, bis zu dem Punkt abzuwarten, an dem er die Kosten dem Steuerzahler aufdrücken kann,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und wir müssen sie daraufhin überprüfen, ab welchem Punkt er dafür verantwortlich ist, daß er den Schiffsbrand ordentlich löscht. Es ist bedauerlich, daß es ausgerechnet immer die Schiffe unter Billigflaggen sind, bei denen Menschenleben und die Umwelt gefährdet sind. Aber ich fürchte, daß das kein Thema ist, das wir hier und so schnell lösen können.

Ich glaube, daß wir - das sage ich noch einmal zum Schluß - üben müssen bis zum Geht-nicht-mehr - alle miteinander. Denn auch vor Ort an der Westküste - ich habe mir die Presse schicken lassen - war man lange Zeit davon überzeugt, daß man alles im Griff habe und keine Hilfe brauche. Sie können sich gern einmal die entsprechenden Zeitungen, die Westküsten-Nachrichten, anschauen.

Wir müssen bis zum Tezett üben, daß diejenigen, die die Verwaltungswiege kennen, diese automatisch, wenn sie nachts um 2:00 Uhr aus dem Schlaf gerissen werden, gehen und nicht erst sagen, ich schaue morgen einmal, wie das aussieht.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Da scheint mir hier und da ein ganz klein wenig eigene Unterschätzung oder Überschätzung am Werke gewesen zu sein.

Wir werden auch zu prüfen haben, warum auf deutscher Seite, schleswig-holsteinischer Seite, zunächst

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

zu schwache Schiffe geschickt worden sind, die mit dieser Krise - wie wir jetzt nachträglich wissen - nicht fertig werden konnten, weil sie dafür technisch nicht ausgerüstet sind.

Das machen wir, wenn die Helfer fertig sind. Wir laden sie dann ein. Denn die Fachleute vor Ort sind die einzigen, die uns sagen können, wo ihrer Meinung nach Hilfe früher, anders oder besser hätte kommen können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muß Sie also noch um etwas Geduld bitten. Im Moment möchte ich die Helfer nicht nach dem Motto abrufen: Kommen Sie mal nach Kiel, oder ich komme zu Ihnen, lassen Sie das da draußen liegen. Erst wenn wir so weit sind zu sagen, die Gefahr ist abgewandt, können wir uns an die Schreibtische setzen und anfangen, die Papiere ordentlich zu sortieren. Dann werden Sie einen entsprechenden Bericht bekommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat zunächst der Herr Abgeordnete Fleskes um das Wort gebeten. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Zurufe von der CDU)

- Ich darf kurz etwas zum Technischen sagen: Wir haben hier oben verabredet, daß wir uns auf drei Minuten Redezeit einstellen. Wer länger redet, den werden wir nicht unterbrechen.

(Zurufe)

Herr Abgeordneter Fleskes, Sie haben jetzt das Wort.

Günter Fleskes [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich aus der Sicht eines Bewohners der nordfriesischen Insel- und Halligwelt einige Feststellungen treffen. Bevor ich Anregungen zur **Schwachstellenanalyse** gebe, möchte ich folgendes sagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Parlament, alle miteinander, passen wir bitte auf, daß wir den Menschen, die dort draußen an der Küste gegen das Öl kämpfen, hier drinnen nichts Besseres bieten, als uns zu streiten und gegenseitig vor das Schienenbein zu treten!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Maurus, Frau Happach-Kasan, unsere Leute an der Küste verlangen von uns hier eine ernsthafte Analyse, sie verlangen, daß wir aus diesen Vorfällen ernste Lehren ziehen und dann diese Punkte - -

(Zurufe der Abgeordneten Ursula Röper [CDU], Herlich Marie Todsen-Reese [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Genau! Sie verlangen von uns, daß wir dann diese Punkte auflisten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die müßten da möglicherweise gar nicht mehr stehen, wenn der Umweltminister richtig gehandelt hätte!)

- Herr Kubicki, wenn wir mit solchen Notfällen konfrontiert werden und als Parlament dieses Bild abgeben - das hängt den Menschen zum Halse raus. Das kann ich Ihnen sagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von Martin Kayenburg [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Deshalb möchte ich jetzt vier Punkte nennen,

(Zurufe)

die meiner Meinung nach aus der Sicht der Westküste wichtig sind.

Erstens. Es darf in der Zukunft einfach nicht mehr vorkommen, daß ein manövrierunfähiges Schiff auf unsere Küste zutreibt, ohne daß jemand etwas unternimmt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und SSW - Lachen bei der CDU)

- Warum lachen Sie so hämisch?

(Zurufe von der CDU - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Wer sitzt denn hier in Regierungsämtern!)

- Ich sage, ohne daß jemand etwas unternimmt, das kann doch nicht angehen!

(Zurufe von der CDU)

- Richtig! Dann sind wir uns ja einig!

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das Treiben des Schiffes fing in dänischen Gewässern an. Dort ist schon nichts passiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und wie ging es weiter?)

Das kann nicht sein. Deshalb muß mit Dänemark genauso wie mit unserer Bundesregierung und mit den betroffenen Landesregierungen gesprochen wer-

(Günter Fleskes)

den. Das Allgemeinwohl in solchen Situationen muß doch viel offensiver geschützt werden als das **Interesse** des einzelnen, in diesem Fall **des Schiffseigners**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich weiß aus Berichten, daß man in Frankreich viel rigoroser vorgeht. Wie man mir berichtet hat, gab es in Frankreich ähnliche Fälle. Da wurde gar nicht lange gefackelt und nachgefragt, wie sich der Schiffseigner vielleicht verhält.

(Ursula Röper [CDU]: Und hier passiert nichts!)

- Moment! In Frankreich wird, wenn die Notsituation erkannt ist, das Schiff an den Haken genommen und es wird erst einmal in Sicherheit gebracht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Genau! - Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber sind wir uns einig.

(Lachen und Beifall bei CDU und F.D.P. - Martin Kayenburg [CDU]: Und was hat der Herr Minister gemacht? - Weitere Zurufe)

Die Ministerpräsidentin hat gerade in ihrer Rede das-selbe gesagt; darüber sind wir uns doch alle einig. Aber Sie verbinden die Feststellung einer Tatsache immer gleich mit Schuldzuweisungen.

(Ursula Röper [CDU]: Nein, mit Handeln!)

Wir wollen es analysieren: Wer ist letztlich verantwortlich? Sie reden zum Beispiel überhaupt nicht über die **Einsatzleitgruppe** und den zentralen Meldekopf in Cuxhaven. Darüber sprechen Sie überhaupt nicht. Es gibt eine Vereinbarung des Bundes mit den Küstenländern, daß diese Leitgruppe in Katastrophen- und Notfällen einzutreten und das Management zu übernehmen hat.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das ist eine allgemeine Übereinkunft. Ich glaube, da sind wir uns doch einig.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Und wann ist diese Einsatzleitgruppe von der Landesregierung informiert worden? - Minister Rainder Steenblock: Ab dem 28. Oktober! - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Sie ist informiert worden; das kann ja vielleicht von der Regierung gleich noch einmal klargestellt werden.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Selbstverständlich! Ich stelle ein weiteres Mal fest, daß diese Einsatzleitgruppe zusammen mit dem zentralen Meldekopf in Cuxhaven für das Management einer solchen Notsituation verantwortlich ist.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich sage: Ich bin mit der Arbeit dieser Leitgruppe nicht zufrieden.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich meine, es hätte so sein müssen, daß der Havarist rechtzeitig aufgefangen wird - ob es in Dänemark oder in Deutschland geschieht. Er hätte rechtzeitig aufgefangen werden müssen.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Richtig!)

Zweitens muß verlangt werden, daß **Dänemark** in Zukunft ebenfalls entsprechende **Schlepperkapazitäten** vorhält.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Jawohl!)

Ob man das dann zusammen mit Deutschland gemeinsam regelt, darüber kann man reden. Aber es muß zumindest gewährleistet sein, daß die „Oceanic“ in unseren Gewässern weiterhin zur Verfügung steht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Es geht doch gar nicht um die „Oceanic“!)

- Aber selbstverständlich geht es auch darum. Denn die „Oceanic“ ist im Moment das einzige Schlepperschiff, daß genügend Kraft hat, in solchen Fällen solche Schiffe auffangen zu können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ist das Schiff umgekippt, oder sind die Trossen gerissen? Mensch, Fleskes!)

- Die Trossen sind aus ganz anderen Gründen gerissen, Herr Kayenburg. Rufen Sie doch nichts dazwischen, wenn Sie über die Details nicht informiert sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens müssen die Schlepper beizeiten eingesetzt werden. Das ist in diesem Fall zu spät geschehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sagen Sie das mal Ihrem Minister!)

- Ich spreche von der Einsatzleitgruppe in Cuxhaven.

(Zuruf von der CDU: Ja, ja! - Lachen bei der CDU)

(Günter Fleskes)

Viertens. Die Löscharbeiten hätten rechtzeitiger in Gang gesetzt werden müssen. Aus unserer Sicht wird das Öl zu spät abgepumpt. Dies sind die Punkte, die in die Schwachstellenanalyse einfließen müssen und die einer Verbesserung in Zukunft bedürfen.

(Holger Astrup [SPD]: Völlig klar!)

Wenn wir hier über ein neues **Sicherheitskonzept** sprechen, kann ich aus meiner Sicht nur sagen: Es darf nicht nur beim Reden bleiben, sondern es muß in Zukunft auch gehandelt werden.

(Zurufe von der CDU: Sehr schön! - Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P. - Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen weiteren Punkt möchte ich nennen, meine Damen und Herren: Ich bin der Meinung, daß dieses Unglück etliche Meinungen, die in den letzten Monaten und Jahren bei unserer ganzen Nationalparkdiskussion zum Ausdruck gebracht worden sind, relativiert. Wir haben uns hier im Hohen Haus und an vielen anderen Stellen über das Betreten, Beweiden, Besegeln, Benutzen und Befischen des Wattenmeeres gestritten. Ich will diese Punkte nicht herabwürdigen, aber ich meine, diese Strandung des Frachters „Pallas“ ist ein Anlaß, uns vor Augen zu führen, daß die **Hauptgefährdung des Wattenmeeres** von außerhalb kommt.

(Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]: Das haben wir schon immer gesagt! - Klaus Schlie [CDU]: Seit Jahren sagen wir das schon! - Weitere Zurufe von der CDU)

Es muß Vorsorge getroffen werden; das verlangen wir als betroffene Bevölkerung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, der Herr Oppositionsführer hatte sich nach der Frau Ministerpräsidentin zu Wort gemeldet. Das hatten wir zunächst übersehen. Ich ertheile nun dem Herrn Oppositionsführer das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vielleicht ist es auch ganz gut, daß das übersehen wurde, denn die Worte der Ministerpräsidentin waren nachdenklich und an manchen Stellen auch nachdenkenswert.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Nachdem Herr Fleskes nun aber die Gemeinsamkeit fast wieder zerrissen hat, wird es wirklich schwer, mit Ihnen, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, gemeinsame Wege zu gehen. Wir haben

versucht, eine gemeinsame Haltung in dieser Krisensituation deutlich zu machen. Das ist der Grund für den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag gewesen. Die CDU und die F.D.P. wollten gemeinsam mit Ihnen ein Signal setzen. Wir wollten Aufklärung, wir halten Hilfe und Prävention nach einem solchen Ölunfall für wichtig, und wir wollten der betroffenen Bevölkerung dieses Signal geben.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr richtig!)

Aber auch aus Verantwortung gegenüber der Umwelt ist dieser gemeinsame Antrag so und nicht anders gestellt worden.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoerendorf [SSW])

- Aber klatschen Sie nicht zu früh, Herr Matthiessen. Denn wenn ich nun Herrn Fleskes hier gehört habe und heute morgen auch Herrn Steenblock, dann fällt es verdammt schwer, nach dem Auftritt dieses Umweltministers diese Gemeinsamkeit aufrechtzuerhalten, die Herr von Hielmcrone noch einmal beschworen hat, als er bat, wir sollten den gemeinsamen Weg weitergehen. Es wird jetzt verdammt schwer, diesen gemeinsamen Weg weiterzugehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir bleiben gleichwohl dabei und werden den gemeinsamen Antrag bei allen Bauchschmerzen, die wir haben, mittragen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Mit den **Schuldzuweisungen** heute morgen und mit dem Ausweichen und den Hinweisen auf Nebenkriegsschauplätze wie ein Sicherheitskonzept, die Schiffbesetzungsverordnung oder MARPOL lenkt der Umweltminister von der Krisensituation vor Ort ab.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nach seinem absoluten Versagen beim Krisenmanagement und nach seiner Uneinsichtigkeit und Unfähigkeit, Hilfsangebote anzunehmen, geht es nur so, daß wir zu diesem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag einen gesonderten Mißbilligungsantrag stellen, der genau Ihr Versagen deutlich macht, Herr Minister.

(Rhythmischer Beifall bei CDU und F.D.P.)

(Martin Kayenburg)

Sie, Herr Minister, haben gesagt, ökonomisches Handeln dürfe nicht auf Kosten der Sicherheit gehen. Das ist richtig, aber ich frage Sie: Wann und wo haben Sie gehandelt? Sie haben aus ökonomischen Zwängen nicht gehandelt. Wann haben Sie die ELG informiert? Wann haben Sie der ELG gesagt, wie sie miteinander umgehen sollten, und warum haben Sie nicht so gehandelt - nachdem Sie einige Signale bekommen hatten - wie in Frankreich gehandelt wird - Herr Fleskes hat das eben gesagt -, nämlich den Pott auf den Haken nehmen lassen, als es noch Zeit war?

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil das ein nationales Gesetz ist!)

- Frau Fröhlich, damit müssen Sie mir gerade kommen. Heute gehen die Schäden in die Millionen, und wir müssen das bezahlen. Was sind diese Millionen gegen die Peanuts an Schadensersatz, die der Reeder möglicherweise geltend gemacht hätte? Das ist der Punkt.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P. - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Fröhlich, so nicht mit mir! Und, Herr Minister, wo war denn Ihr Krisenmanagement? Ich habe nur immer Ihre Pressesprecherin gehört. Sie waren abgetaucht. Das hätte ja vielleicht gefährlich werden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er hat an der Ökosteuerdebatte in Bonn teilgenommen!)

- Ich weiß es nicht, aber jedenfalls haben Sie sich nicht geäußert. Sicher, das hätte Probleme geben können, aber die Verantwortung liegt einzig bei Ihnen. Herr Steenblock, Sie haben nicht gehandelt; Sie haben versagt, und Sie sind - dies muß ich nach Ihren Einladungen heute morgen hinzufügen - auch künftig nicht in der Lage, derartige Krisensituationen zu meistern.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einfach überfordert!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht das Problem des Parlaments, es ist vielmehr das Problem der Bevölkerung, das Problem des Landes und an erster Stelle ein Problem, das die Ministerpräsidentin selbst zu lösen hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!) Uns als Parlament bleibt nur, Ihr Verhalten zu mißbilligen. Dies beabsichtigt unser Antrag, Herr Steenblock!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich wollte ich mich an dieser Debatte nicht beteiligen,

weil alles vergleichsweise klar schien. Mittlerweile hat sich der Horizont doch etwas verdüstert, und ich komme darauf zurück.

Herr Minister Steenblock, die Art und Weise, wie Sie versucht haben, sich hinter möglichen Zuständigkeiten zu verschanzen, die nicht bei Ihnen lagen, ist ein erbärmliches Zeugnis.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn sich der Umweltminister des Landes Brandenburg, Herr Platzeck - er war damals SPD-Minister -, genauso hinter den Zuständigkeiten verschanzt und nicht vor Ort die Zuständigkeit koordiniert hätte, dann wären die Leute am Oderbruch abgesoffen, statt daß ihnen geholfen worden wäre.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf von der SPD)

- Das ist eine kleine Sorge. Ich komme darauf auch noch zurück.

Große Reden halten, Betroffenheitslügen verbreiten, dann, wenn es darauf ankommt, nicht dazusein, sondern lieber in Bonn an der Ökosteuer-Diskussion teilzunehmen, statt sich um das Ökosystem Wattenmeer zu kümmern, das ist schon ein Hammer.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich sage Ihnen: Es war ja nicht die Opposition, die das auf die Agenda gebracht hat. Ich habe nur vernommen, daß die Staatskanzlei streuen ließ, die Ministerpräsidentin habe ihren Umweltminister im Kabinett mächtig „vor das Brett“ genommen, weil sich dieser geweigert habe, das seit eineinhalb Wochen bestehende Hilfsangebot des Innenministeriums anzunehmen. Sie habe nun verfügt, daß es endlich soweit sein solle.

Das ist gestern allenthalben bestätigt worden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die „Lübecker Nachrichten“ das einfach aus der Feder gesaugt haben, um hier ein bißchen Stimmung zu machen. Frau Ministerpräsidentin, Sie müßten vielleicht etwas dazu sagen, warum der Krisenstab, der dafür die richtigen

(Wolfgang Kubicki)

Kompetenzen hat, erst seit dem 11.11., 11:11 Uhr oder 11:45 Uhr, in Amt und Würden ist!

(Zuruf von der CDU: Heute findet die erste Konferenz statt!)

- Heute findet die erste Konferenz statt; heute - zeitgleich zur Parlamentsdebatte - soll die Öffentlichkeit durch den Umweltminister unterrichtet werden. Die Journalisten warten oben auf den Umweltminister, was die eingeleitete Pressekonferenz angeht. Er wird hier noch ein bißchen bleiben müssen.

Sie werden schon etwas dazu sagen müssen, warum Sie glauben, im Kabinett von Ihrer Richtlinienkompetenz, die ich ja für sehr wichtig halte, Gebrauch machen zu müssen und dies öffentlich zu erklären.

Ich will weiter gar nichts sagen. Wir haben eine Reihe von Pannen. Sie sind als Umweltminister als erstes mit dem Hubschrauber nach Amrum geflogen, um sich dort als Minister vorzustellen. Die hätten sich gefreut, wenn Sie jetzt mit dem Hubschrauber schnell vor Ort gewesen wären.

Aber eines will ich Ihnen sagen, Herr Kollege - da muß die Ministerpräsidentin einmal nach oben gehen -: Sie haben hier gesagt, Frau Ministerpräsidentin - das will ich wiederholen -, daß die Berufsfeuerwehr der Freien Hansestadt Hamburg nicht in der Lage wäre, einen Schmelzbrand der vorliegenden Art bei einem Frachter, der im Hamburger Hafen liegt, zu löschen. Das haben Sie hier erklärt. Die seien dazu nicht in der Lage. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen. Ich werde den Hamburger Bürgermeister einmal fragen, wie er das seiner Hamburger Bevölkerung beibringt.

Frau Ministerpräsidentin, wir sind heute morgen von der Berufsfeuerwehr der Freien Hansestadt Hamburg angerufen worden - es hat uns schon gewundert, daß wir angerufen werden -, und sie hat uns mitgeteilt - ich werde das jetzt dokumentieren -, sie werde wegen ihrer Kompetenz, die sie in diesem Bereich habe, zu Schiffsbrennbekämpfungen in Mittelamerika und weltweit eingeflogen; sie sei vom Land Schleswig-Holstein bis heute morgen nicht einmal gefragt worden, ob sie zur Verfügung stehe. Wenn das der Fall ist, dann gibt es ein Versagen auf dieser Seite, das schlimmer nicht sein kann. Wir hätten die Katastrophe, die jetzt vor uns steht, möglicherweise abwenden können, wenn die Ressourcen, die zur Verfügung stehen, rechtzeitig von einem kompetenten Krisenstab, den wir im Innenministerium kennen, angefordert worden wären und wenn Wissen gebündelt worden und zur Geltung gekommen wäre. Dann müßten wir uns, Herr Kollege Fleskes, jetzt nicht über die Frage unterhalten, ob möglicherweise Schüler eingesetzt werden müssen, um Ölklumpen zu sammeln.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem, was ich vorhin über die Schwachstellenanalyse gesagt habe, gehört natürlich auch die Darstellung von Zeitabläufen, wer also wen informiert hat. Glauben Sie mir, ich habe jetzt keine Lust nachzufragen: „Wer hat zuerst wen informiert?“ Im Moment ist Anderweitiges wichtiger.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich möchte nicht, daß sich irgendwo an der Westküste Beamte, Mitarbeiter und Helfer hinsetzen und aufschreiben, wann sie telefoniert haben, sondern sie sollen ihre jetzige Arbeit machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe es doch vorhin gesagt: Sie kriegen diese Antwort.

Jetzt zu dem, was die Hamburger Feuerwehr betrifft: Ich war gestern in der Sitzung des Krisenstabes. Dort hat die Feuerwehr gesagt, das sei ein sehr komplizierter Brand, weil es sich um einen Schmelzbrand handele. Holz wird durch leichten Zutropfen von Öl „gefüttert“. Man weiß nicht, welche Luke man aufmachen darf, weil das Ding sonst in die Luft geht. Sie raten dazu, Spezialfirmen zu nehmen.

Wenn die Hamburger das können, was ich nicht wußte - das muß ich ja auch nicht wissen; hoffentlich erwartet nicht jemand, daß ich immer weiß, was alle Feuerwehren konnten -, dann ist dort eine weitere Schwachstelle. Denn warum haben sie nicht angerufen und haben gesagt „wir können das; wir kommen morgen vorbei“?

(Zuruf von der CDU: Der Innenminister müßte das wissen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Ich verstehe bei Ihnen nicht, daß Sie immer das Gefühl haben, daß Menschen so lange zu warten haben, bis die Ministerpräsidentin den Hörer in die Hand nimmt und beim Brandmeister persönlich nachfragt. Ich habe jetzt zum ersten Mal gehört, daß die Hamburger Feuerwehr dazu in der Lage ist.

(Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

- Ja, ich höre das zum ersten Mal. Das mag anderen auch so gehen. Da Sie es nicht gewußt haben, bis Sie den Anruf bekommen haben, teilen wir ja dieses Schicksal.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie können keine Bringschuld der Feuerwehr erwarten!)

Das bedeutet, daß dies einer der Punkte ist, die auf die Schwachstellenliste müssen.

Nun noch eine dritte Bemerkung, da alle der Meinung waren, daß es so einfach ist, ein Schiff auf den Kanthaken zu nehmen und es irgendwo hinzuschleppen: Die Franzosen machen das noch einfacher. Ich bin sehr dafür, daß wir das so machen. Es wird eine entsprechende Ladung Dynamit auf das Schiff gebracht, das auf die Küste zutreibt, und dann wird es in die Luft gesprengt. Bloß, um solche Sachen machen zu dürfen, müssen wir an unserem Eigentumsrecht ein bißchen ändern.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Das geht jedenfalls nicht nach dem Motto: Beweisen Sie einmal Nervenstärke, Frau Simonis, und sprengen Sie draußen ein Schiff in die Luft. Das würde ich schon gern in geordnete Bahnen bringen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Todsen-Reese.

Herlich Marie Todsen-Reese [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war schon sehr gespannt - wahrscheinlich wie wir alle - auf die heutige Debatte zu einem schwierigen Thema. Ich muß Ihnen deutlich sagen: Frau Fröhlich, so wie Sie enttäuscht sind, bin ich auch enttäuscht. Ich glaube, das gilt auch für viele Menschen im Land. Enttäuscht sind wir, weil wir hier Schattendiskussionen führen, weil wir immer wieder beklagen, daß erst dann gehandelt wird, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wenn hier traurige Dakkelfalten aufgezogen werden und mit triefend trauriger Stimme bedauert wird, was in der Tat Schreckliches vor Ort geschehen ist. Wir stellen immer wieder fest, daß die Politik im Grunde genommen versagt, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen endlich vernüftig auszugestalten.

Ich erinnere daran, daß ich schon einmal gesagt habe - es ist heute auch schon angeklungen, zum Beispiel bei Herrn Fleskes -, daß die Menschen an der Westküste gesagt haben: „Das Gerede um den Nationalpark ist schön und gut - oder manchmal auch weniger gut und macht uns Sorgen. Aber die Landesregierung muß endlich dafür sorgen, daß die drohenden Belastungen der Nordsee aufhören. Kümmt euch darum.“ Entscheidend ich also, daß nicht ewig Fensterreden gehalten werden, sondern daß hier endlich gehandelt wird.

In diesem Zusammenhang, Frau Ministerpräsidentin, ist es unerträglich zu sehen, daß hier nicht ein Krisenmanagement stattgefunden hat, sondern daß hier das Management der Landesregierung in der Krise ist. Das ist das, was die Menschen draußen bewegt und berührt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das brauche ich gar nicht alles selber zu erfinden, wenn dieses Thema über 100 Kilometer entfernt drüber bei uns in der Holsteinischen Schweiz diskutiert wird oder wenn, wie der Kollege Schlie sagt, gestern abend 90 Menschen im Kreis Herzogtum Lauenburg über das bewegt sind, was sich in der Nordsee abspielt.

Ich sage einmal: Wir haben heute den 18. Tag nach Beginn dieses ganzen Dramas, von dem Sie, Herr Minister, noch nicht wissen, ob es eine Katastrophe ist oder keine. Gestern haben Sie noch gesagt „es ist keine“, heute reden Sie davon. Das interessiert die Menschen im übrigen auch nicht. Die Menschen interessiert, daß die Probleme gelöst werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn hier in einem Leserbrief steht „da schaut die verantwortliche Politik zu, wie nur halbherzig seit Wochen der Versuch gemacht wird, die ‘Pallas’ nicht zu bergen; das könnte ja kosten“, wenn dort steht „wertvolle Zeit wurde vertan; die Verantwortlichen in der Politik sollten sich schämen“, und wenn dort steht „Sie, Herr Minister, hätten dort die Ärmel aufkrepeln und schlicht Ihre Arbeit machen müssen“, dann ist das etwas, was uns hier erreichen muß.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Eben hat Herr Kubicki gesagt, Sie seien bei Verhandlungen in Bonn gewesen. Ich sage dazu einmal deutlich: Ich gönne jedem seinen Urlaub. Wir als Abgeordnete dürfen Urlaub normalerweise nur in der sitzungsfreien Zeit machen. Ich frage Sie, ob es denn wohl richtig war - immerhin haben Sie das ja zumindest dem Umweltausschuß mitteilen lassen -, daß Sie in der Zeit - wenn mich nicht alles täuscht; sonst korrigieren Sie das gern - vom 2. bis 6. November im Urlaub waren. Das war genau zu den entscheidenden Zeiten. Hinterher fanden Umweltministerkonferenzen statt. Ich stelle einfach die Frage in den Raum: Was war hier eigentlich wichtiger, und wo waren Sie ei-

(Herlich Marie Todsen-Reese)

gentlich mehr gefordert und mehr gefragt? Ich denke, darauf sollten Sie uns hier und heute eine Antwort geben.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Ministerpräsidentin, ich finde es dann leider doch ein bißchen zu wenig, sich hier hinzustellen und nur auf die sicherlich bekannte schwierige Situation vor Ort hinzuweisen. Ich gehöre nicht zu denen, die sagen, das sei da drüben alles mal eben so mit einem Federstrich zu lösen oder mit einem Handschlag. Aber zuzugeben, daß es hier bei Ihnen in dieser Landesregierung Versäumnisse gegeben hat, daß - so finde ich - hätten wir in einer sehr viel deutlicheren Weise von Ihnen erwartet können. Das Ganze dann noch auf den Meldekopf in Cuxhaven zu schieben und zu verfrachten, in dem Sie ja Mitverantwortung tragen, ist nicht korrekt. Hierbei handelt es sich um einen gemeinsamen Zusammenschluß.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Während die anderen Bundesländer in dem Vertragswerk nur stehen haben „vertreten durch den jeweiligen Minister“, heißt es für Schleswig-Holstein „vertreten durch die Ministerpräsidentin, wiederum vertreten durch den Minister/die Ministerin für Umwelt“. Also, Sie haben hier schon eine ganz originäre Verantwortung für das, was dort passiert.

Herr Fleskes, es ist uns sehr wohl bekannt, daß es diese Stelle gibt. Es gibt sie seit Anfang der achtziger Jahre. Wenn man das einmal überschlägt, dann sind dort bis heute fast 300 Millionen DM hineingegangen. Dann frage ich mich, was dort tatsächlich gemacht worden ist, was tatsächlich daraus geworden ist. Auch die Frage der Ausrüstung mit Geräten, die Frage, wieweit dort denn tatsächlich - ich sage es einmal so - Krisenmanagementpläne aufgestellt worden sind, und zwar nicht nur vom Meldekopf, sondern auch von den jeweiligen Partnern, das heißt auch von Schleswig-Holstein, würden mich wirklich interessieren. Ich denke, damit werden wir uns auch noch im Ausschuß weiter beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

Ein Weiteres will ich zum Abschluß sagen: Ich bin es wirklich leid, hier immer nur diese Diskussionen, dieses Bedauern und dieses Trauern zu hören. Ich erwarte, daß jetzt auch wirklich etwas geschieht. Ich bitte und fordere die Landesregierung auf, in Zukunft mindestens zweimal im Jahr, in der Anfangszeit vielleicht öfter, dem Umweltausschuß zu berichten, wie ihre Bemühungen weiter fortschreiten. Ich bin nicht mehr bereit hinzunehmen, daß hier nach jedem Unglücksfall gesagt wird, wir brauchen dieses und jenes, wir brauchen Rahmenbedingungen, wir brauchen mehr Flexibilität, wir brauchen internationale Abmachungen. Nein, ich will wissen, was Sie, Herr Minister, und was diese rot-grüne Landesregierung in Zukunft zum Schutz von

Nord- und Ostsee wirklich machen, auf den Tisch legen und voranbringen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur zu einigen Sachen Stellung nehmen, weil ich tatsächlich glaube - wie es Frau Todsene gesagt hat -, daß wir die Fachdebatte in den Ausschüssen führen müssen. Dieses Problem wird uns auch von der fachlichen Seite her, von den Konsequenzen her, die daraus gezogen werden müssen, nicht nur einen Tag lang, sondern deutlich länger begleiten. Das erfordert Arbeit. Ich glaube auch, daß wir uns alle dem zu stellen haben.

Ich habe heute in der Debatte - neben all den Aufregtheiten, die es gegeben hat; das ist auch das, was mir durchaus Mut macht - in der Perspektive Licht am Horizont gesehen, habe eine ganze Reihe von gemeinsamen Vorschlägen zur Veränderung der Konzeption feststellen können. Das heißt, ich habe bei allen Fraktionen in den Vorschlägen zur konzeptionellen Änderung deutlich gesehen, daß wir in dem Sicherheitskonzept diese **Schleppkapazitäten** brauchen. Wir brauchen eine Straffung der Organisation in Cuxhaven. Das ist völlig richtig.

Ich stelle mich hier auch nicht hin und sage, wir hätten alles richtig gemacht, die Fehler lägen woanders. Wir haben hier im Land in unserer Organisation - das habe ich von Anfang an gesagt - sicherlich viel zu optimieren, weil nicht alles richtig und gut gelaufen ist. Das ist etwas, was wir für uns machen müssen.

Ich würde aber zur Struktur, wenn wir auf die Schwachstellenanalyse kommen - das ist ja etwas, von dem ich auch schon länger rede -, sagen, daß wir dazu kommen müssen, daß wir die Bund-Länder-Vereinbarung so, wie sie bisher realisiert wird, verändern müssen.

Wir entziehen uns nicht der Verantwortung. Wir haben an dieser Struktur mitgearbeitet und auch die Entscheidung mit übernommen. Ich glaube aber, diese Struktur ist - ich sage es einmal in Anführungszeichen - zu „föderalistisch“. Es muß eine zentralere Struktur geschaffen werden, die schneller, rascher, professioneller, geübter solche Unfälle managen

(Minister Rainder Steenblock)

kann. Das Krisenmanagement muß an dieser Stelle - die Forderung ist völlig richtig - professioneller werden.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben zwei unterschiedliche Ereignisse in der Analyse zu bewerten, auch was unsere und meine persönliche Verantwortung angeht. Das ist einmal die Situation, daß es nicht gelungen ist - das wäre notwendig gewesen -, diese Schiffe früher an den Haken zu kriegen, um diese Katastrophe vor Ort in den Griff zu bekommen. Ich habe es abgelehnt, den Begriff „Katastrophe“ in seinem rechtlichen Sinn zu gebrauchen, weil das strukturell andere Verfahrensabläufe nach sich gezogen hätte, andere Organisationsformen. Deshalb war es im rechtlichen Sinne keine Katastrophe. Aber natürlich ist es gerade für die Inseln, für die Halligen, für das Wattenmeer, für die Vögel eine Katastrophe. Das ist völlig klar. Das ist auch von niemandem in Frage gestellt worden.

Aber wir haben diese beiden Unterschiede zu machen. Es geht darum, bei solchen Unfällen die Schiffe an den Schlepperhaken zu kriegen - das muß verbessert werden -, und wenn das Öl dann vor der Küste ist, sind wir natürlich in besonderem Maße gefordert.

Wenn wir uns im Detail gerade über die Struktur der **Ölbekämpfung** hier vor Ort unterhalten, über die Vorbereitungen, die sehr frühzeitig getroffen worden sind - lange bevor das Schiff gestrandet ist, haben wir damit begonnen -, werden wir eine Reihe von Vorwürfen, die aus der Erregung, aus der Empörung heraus vielleicht zu Recht gemacht wurden, doch als haltlos hinstellen können.

Herr Kubicki, ich mache das jetzt nur noch einmal an dem Beispiel mit der Feuerwehr deutlich. Es ist nicht so, daß sich der Innenminister das Schiff angeguckt und gesagt hat, na, das ist alles schwierig, beauftragen wir einmal die Holländer. Wir haben uns vielmehr vor Ort von kompetenten nationalen Koryphäen beraten lassen. Wir haben extra Bundeswehrexperanten, die anerkannt größten Experten - jedenfalls ist uns das so gesagt worden -, geholt; die sind zu dem Schiff geflogen worden, haben sich die Situation angeguckt. Aufgrund des Urteils dieser Experten der Bundeswehr, die uns gesagt haben, wir müßten die Leute aus dem Bereich nehmen, das seien international diejenigen, die dafür die Kompetenz hätten, ist die Entscheidung getroffen worden. Ich glaube, daß das einfach auch zu akzeptieren sein muß. Ich maße mir nicht an, diese Fachentscheidung treffen zu können. Ich muß mich von den Experten,

(Holger Astrup [SPD]: Sehr richtig!) gerade von den nationalen Experten, beraten lassen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Deshalb bitte ich, nicht allen Gerüchten, die hier auf dem Markt sind, gleich vertrauensvoll entgegenzutreten, sondern sie auch einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich zunächst Damen und Herren der Arbeitsgemeinschaft „60 plus“ aus Schenefeld sowie Herren vom Luftwaffenbetriebsstoffdepot 71 aus Husum. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mich zu Wort gemeldet, als Herr Kayenburg seinen Beitrag leistete. Ich hätte das auch nicht gemacht, wenn er das nicht so gemacht hätte, wie er es gemacht hat. Herr Kayenburg, Sie haben im wesentlichen von Schuldzuweisungen des Ministers an andere gesprochen. Ich habe noch sehr gut im Ohr, wie Herr Maurus heute morgen im Verlaufe der Debatte Vermutungen aufgestellt hat. Ich glaube, die Qualität, die in beidem steckt, ist nicht geeignet, die Debatte so zu führen, daß wir am Ende nach vorn kommen, um den Menschen und der Natur an der Westküste wirklich zu helfen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deswegen möchte ich Sie bitten, doch noch einmal die Worte des Kollegen von Hielmcrone ins Ohr zu nehmen, den Appell, den er hier heute morgen an uns gerichtet hat, und die Fragen, sowie das, was die Frau Ministerpräsidentin gesagt hat - das war sehr wohltuend -, in einen Zusammenhang zu bringen. Es geht darum, eine Schwachstellenanalyse zu machen. Aber das machen wir nicht heute. Alle Beiträge, auch die von der Kollegin Todsen-Reese zuletzt, gingen doch wieder dahin, aufgrund des Materials, das wir zur Verfügung haben, zu versuchen, jetzt in diesem Haus eine Schwachstellenanalyse zu machen. Das kann nicht hinhausen.

(Konrad Nabel)

Das ist natürlich eine Debatte, die vor Ort nur Ärger hervorruft. Die Leute wollen Hilfe haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Leute vor Ort wollen, daß wir ihnen helfen. Die wollen nicht hören - darin gebe ich Ihnen völlig recht -, daß es da Kompetenzen oder Reederhaftung oder das internationale Seerecht gibt. Die wollen Hilfe haben. Natürlich muß man sich dann auch an die Regeln halten, die zur Verfügung stehen. Es kann nicht angehen, daß wir ein Schiff auf den Haken nehmen, wie das vielleicht im zentralistischen Frankreich möglich ist, mit einem Befehl aus dem Umweltministerium. Das geht in Schleswig-Holstein nicht; das geht in Deutschland nicht. Deshalb kann man hier solche Patentrezepte nicht vortragen.

Lassen Sie uns bitte gemeinsam versuchen, an dieser Stelle den Menschen an der Küste noch einmal den großen Dank für ihre Arbeit abzustatten, die sie dort leisten - alle quer durch die Last, ob es private, ehrenamtliche oder behördliche Helferinnen und Helfer waren und sind. Lassen Sie uns dann an die Analyse der Schwachstellen gehen, um für die Debatten in den nächsten Jahren gerüstet zu sein. Es ist ja nicht so, daß wir das hier nicht schon versucht hätten. Ich bin jetzt seit 11 Jahren im Landtag, und ich erinnere mich an viele Debatten über Ölverschmutzung. Kollege Hinz und Kollege Sickmann haben es hier einmal vorgetragen.

Ich erinnere mich noch genau an die Debatte vom August 1996, als wir zum Beispiel angesichts der damaligen Diskussion um die schwarzen Flecken, die uns überrascht haben, relativ hilflos waren. Wir haben gemeinsam gesagt, daß die gesetzlichen Vorschriften, die internationalen Vereinbarungen und Maßnahmen zum Schutz der Nordsee vor Ölverschmutzungen verbessert werden müssen. Das ist vom Umweltminister und auf der Ebene der Bund-Länder-Koordination vorangetrieben worden. Aber es reicht nicht, dem Bundesrat einen Bericht zu geben, sondern es müssen wirklich Änderungen innerhalb des Seerechts und innerhalb des nationalen Rechts vorgenommen werden, und es muß weiter eine Änderung innerhalb der Koordination zwischen Bund und Ländern an der Küste im sogenannten zentralen Meldekopf geben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

In diesem Zusammenhang kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Im zentralen Meldekopf sitzt auch die Freie und Hansestadt Hamburg. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat genau wie alle anderen Küstenländer ihre Kapazitäten und damit auch die der Berufsfeuerwehr im Hamburger Hafen in diesen zentralen Meldekopf eingegeben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn die es nicht bewältigt, diesen Brand zu löschen beziehungsweise die Voraussetzungen dafür zu schaffen - denn darum geht es ja eigentlich, das Öl aus dem Schiff zu pumpen -, dann ist es richtig, eine Spezialfirma zu beauftragen. Wer gestern Fernsehen gesehen hat, hat gesehen, daß diese Spezialfirma bereits da ist und jetzt arbeitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns jetzt diese Arbeit mit allem, was wir als Parlament machen können, unterstützen und die Regierung bitten, diese Arbeit mit allem, was sie zur Verfügung hat, voranzubringen, so daß die Katastrophe nicht zu einer rechtlichen Katastrophe wird und der Einsatz der Bundeswehr - oder von wem auch immer - nötig wird.

Herr Kubicki, Schülerinnen und Schüler sind nicht angefordert worden. Die Schülerinnen und Schüler haben aus ihrer eigenen Verantwortung heraus der Ministerin ihre Hilfe angeboten. Das finde ich so toll, daß man das nicht so heruntermachen sollte, wie Sie das getan haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte den Worten von Herrn Nabel nicht mehr viel hinzufügen. Ich denke, er hat alles Wesentliche gesagt, nämlich daß ein solcher Unglücksfall, wie er hier geschehen ist, bei uns jedenfalls so geregelt ist, daß nationale und Länderkompetenzen zusammen greifen müssen. Wenn das nicht funktioniert - und in diesem Falle hat es offensichtlich nicht funktioniert -, dann haben wir ein Problem. Das macht einen zu Recht wütend und unglücklich und zieht Schäden nach sich, die wir jetzt leider zu beklagen haben.

Ich möchte noch sagen, daß auch der Nautische Verein mir erneut bestätigt hat - wir versuchen natürlich auch, uns bei Fachleuten kundig zu machen -, daß man an sich, nachdem das Schiff zunächst irgendwo vor Anker gegangen war, zu diesem Zeitpunkt eigentlich noch nicht befürchten mußte, daß es zu einer größeren Ölproblematik kommen würde. Das hat uns

(Irene Fröhlich)

der Nautische Verein schriftlich mit dem Datum von gestern erneut bestätigt.

Das heißt, daß die Situation zu Anfang nicht so dramatisch eingeschätzt wurde. Das müssen wir alle zusammen ehrlicherweise im Rückblick zugeben. Jetzt sehen wir, was durch Seegang, bestimmte Wasserstände und sicherlich auch durch eine sehr verzweigte Regelung in der Bund-Länder-Kommission, in die man vielleicht hätte zwischenhauen müssen, passiert ist. Dort hätte man vielleicht tatsächlich zwischenhauen müssen. Der Minister hat ja auch gesagt, daß das unter Umständen eine Möglichkeit gewesen wäre. Da das aber bisher nicht stattgefunden hat, können jetzt doch wir nur versuchen - wie Frau Simonis es auch gesagt hat -, den Schaden zu beseitigen, alle Kräfte darauf zu bündeln und anschließend eine Schwachstellenanalyse zu machen. Der Nautische Verein sagt uns, daß er seine Vorschläge, die er bereits 1992 der Bundesregierung vorgelegt habe, wieder hervorziehe, weil er guten Mutes sei und Hoffnung habe, daß die jetzige Bundesregierung das dann auch wirklich umsetzt. Insofern kann ich hier nur an Herrn Müntefering appellieren.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoerendonk.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau, die Dänen sind an allem schuld)

Anke Spoerendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon etwas länger her, daß ich mich zu Wort gemeldet habe. Ich möchte meinen Eindruck über den letzten Teil dieser Debatte wiedergeben. Die Debatte hat sich verselbständigt. Das läuft ab wie in einem Film, das heißt, jeder von uns kann eigentlich allein die Fortsetzung dieses Drehbuchs schreiben. Ich möchte noch einmal zu dem Ausgangspunkt zurückkommen, da dies für mich ganz wichtig ist.

Ich wurde vor der Landtagssitzung sowohl von der CDU als auch von den Regierungsparteien gefragt, ob ich mich an einem Antrag beteiligen wolle. Ich habe jedesmal gesagt, nur, wenn es zu einem interfraktionellen Antrag kommt. Alles andere macht aus meiner Sicht keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Alle in diesem Hause wissen, daß solch ein interfraktioneller Antrag nicht so leicht zustande kommt. Man hat miteinander geboxt, man hat Kompromisse eingehen müssen. Letztlich ist dann daraus das geworden, was wir alle unterschrieben haben. Darum werde ich diesen Entschließungsantrag von CDU und F.D.P. auch nicht mittragen wollen. Er ist kontraproduktiv!

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ist ein altes pädagogisches Prinzip, daß Einsicht nicht dadurch gefördert wird, daß man einen auf den Deckel kriegt.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Röper [CDU])

Die Ministerpräsidentin hat gesagt, daß es zu einer Schwachstellenanalyse kommen muß. Die muß gemacht werden. Alle wissen hier, daß es Schwachstellen gegeben hat, daß vielleicht alles, was schieflaufen konnte, schiefgelaufen ist. Es nützt doch aber nichts, wenn wir jetzt nur einfach den Schwarzen Peter hin- und herschieben. Fazit dieser Debatte muß doch sein: Wir müssen verhindern, daß so etwas wieder passiert.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Nun noch ein Punkt! Ich hatte gestern ein Buch angeprochen, das ich nur jedem hier empfehlen kann. Es wurde von dem russischen Journalisten Maxim Gorski geschrieben. - Ich bekomme keine Werbezulage.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gorki!)

Das Buch hat den Titel: „Gebrauchsanweisung für Deutschland“. Darin schreibt er sehr schön über das, was wir auch heute erleben, nämlich über Zuständigkeiten. Das ist nicht meine Zuständigkeit sondern deine Zuständigkeit, und nimm nur nichts von mir weg, denn da will ich entscheiden. - Das gehört dazu.

Wir reden sehr viel über Regelungsdichte und darüber, daß diese abgebaut werden muß. Wir müssen hinsichtlich der Hierarchien in den Zuständigkeiten eine Kulturrevolution haben. Das ist doch der wichtigste Punkt!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, daß wir von diesem Aktionismus wegkommen müssen.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Spoerendonk, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Strauß?

Anke Spoerendonk [SSW]:

Ja.

Roswitha Strauß [CDU]: Frau Abgeordnete Spoerendonk, würden Sie mir zustimmen, daß die Kontrolle der Regierung eine originäre Aufgabe des Parlaments ist?

- Ja, das tue ich. Das sage ich bei jeder gegebenen Gelegenheit, liebe Kollegin.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das habe ich zum Beispiel auch gestern gesagt, als es um die Finanzpolitik des Finanzministers ging. Mein Anliegen ist jetzt ein anderes. Daher möchte ich zum Schluß noch aufgreifen, was aus meiner Sicht auch wichtig ist. Wenn es um Einsichten gehen soll und muß, dann müssen wir auch zu der Einsicht gelangen, daß wir die Zuständigkeiten bündeln müssen, daß wir Hierarchien abbauen müssen und daß wir vielleicht auch zu der Einsicht kommen müssen, daß die Menschen vor Ort, die da den Überblick haben, auch die Kompetenz haben zu entscheiden.

Ich weiß natürlich, daß das alles sehr schwierig ist. Die Kollegin Fröhlich machte uns ja auch darauf aufmerksam, daß wir bei Bund, Ländern, Inland/Ausland und Kommunen und so weiter noch Schwierigkeiten haben. Wenn wir dort jedoch nicht ansetzen, kommen wir nicht weiter.

Von mehreren wurde hier gesagt, man hätte das Schiff an den Haken kriegen, es hätte gleich weggeschleppt werden müssen. Ich sagte in meinem ersten Redebeitrag, daß es vielleicht eine andere Möglichkeit gegeben hätte. Statt einfach Aktionismus zu fordern, hätte man mit entsprechenden technischen Hilfsmitteln vielleicht etwas anderes erreichen können. Ich möchte diese Frage gern irgendwann beantwortet haben.

Es ist mir wichtig, diese Frage einzubringen, weil wir heute in der „Süddeutschen Zeitung“ lesen konnten, um was für ein Schiff es sich handelt. Das war ein Billigschiff, eine Schrottkiste. Daher ist es wahrscheinlich gar nicht so einfach, das Ding einfach abzuschleppen. Ich wiederhole meinen Appell von vorhin: Bitte bleibt auf dem Teppich, und bitte haltet euch an den interfraktionellen Antrag!

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Unruhe)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

(Holger Astrup [SPD]: Es ist doch schon alles gesagt worden! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollten um 12 Uhr fertig sein!)

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Spoerendonk, was nützt es, daß wir uns an einen interfraktionellen Antrag

halten, der in drei Punkten Huldigungen an die Landesregierung enthält, die - das hat der Verlauf der heutigen Debatte gezeigt - unangemessen sind.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Wir haben einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag vorgelegt und haben die Forderung unterstützt, das Thema hier zu debattieren. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion hat gesagt, es werde nur einen Bericht der Landesregierung geben, aber keine Regierungserklärung. Statt dessen haben wir eine Nichtregierungserklärung bekommen mit einer Beschimpfung des Parlaments. Was macht das für einen Sinn, was ist mit den getroffenen Absprachen?

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In der fast zweistündigen Debatte vermisste ich bei Ihnen, Herr **Umweltminister**, den Funken der Erkenntnis. Sie und die Regierungskoalition sollten einmal zugestehen, daß **Fehleinschätzungen** getroffen und Fehler beim Handeln gemacht worden sind,

(Lothar Hay [SPD]: Sie haben den Beitrag von Herrn Nabel nicht gehört!)

und zwar Fehler, die die ureigenste Zuständigkeit dieser Landesregierung berühren. Ich gönne Ihnen den Urlaub vom 2. bis 6. November - das steht in dem Schreiben an Frau Tengler; ich kann es doch nicht ändern -,

(Konrad Nabel [SPD]: Hören Sie doch auf mit diesem Rufmord! - Unruhe)

frage aber, ob er wirklich angebracht ist bei einem Minister, den man nachher ins Watt schicken muß.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Seien Sie sich bitte darüber im klaren: Nur das Eingestehen eigener Fehler kann dazu führen, das Vertrauen der Bevölkerung in das Handeln der Landesregierung zurückzugewinnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie brauchen dieses **Vertrauen der Bevölkerung** vor Ort für Ihr zukünftiges Handeln. Geben Sie den Menschen doch das Gefühl, daß ihre Ängste ernstgenommen werden! Geben Sie ihnen diese Sicherheit, indem Sie auch sagen: In dem und dem Punkt haben wir uns geirrt und Fehler gemacht.

Herr Nabel, es nützt überhaupt nichts, den Mantel der Liebe, des Schweigens, der Harmoniesülze darüber zu decken. Es gibt unterschiedliche Einschätzungen, es gibt Fehler, darum kommt man nicht herum, Empörung nützt da nichts.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Wir müssen dort schlicht hindurch. Sie müssen lernen, mit Ihren Fehlern umzugehen, damit die Menschen wieder Vertrauen in Sie setzen können - übrigens in Ihrem Interesse.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, man muß zwei Dinge sorgfältig auseinanderhalten. Natürlich erwarten die Menschen von uns, daß wir beim Ziehen von Konsequenzen auch gemeinsam voranschreiten und parteiübergreifend zusammenarbeiten. Dazu ist meine Fraktion selbstverständlich bereit.

Aber die heutige Debatte hat klargemacht, daß es auf Seiten des Umweltministers ein eklatantes **Versagen in der Handhabung dieser Krise** gibt. Auch das muß heute festgestellt werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für eine grüne Partei ist es doch eine Katastrophe, wenn ein grüner Umweltminister in einer solchen Situation ein solch eklatantes Versagen offenbart.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn ich mir vorstelle, wie sich die Situation zugespielt hat und Sie, Herr Minister, unverdrossen weiter Urlaubspläne geschmiedet haben, kann ich nur sagen: Wer so mit seiner Verantwortung umgeht, wird ihr nicht gerecht und sollte persönliche Konsequenzen daraus ziehen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Zurufe von

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

Meine Damen und Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, ich weiß doch, daß Sie, wenn man mit Ihnen spricht, unsere Auffassung voll und ganz teilen,

(Vereinzelter Widerspruch bei der SPD)

daß auch Sie über das, was sich da in den letzten Tagen und Wochen abgespielt hat, entsetzt sind. Sie wären gut beraten, das nicht nur hinter verschlossenen Türen zuzugestehen, sondern heute auch für unseren Ergänzungsantrag zu stimmen. Das wäre ehrlich und aufrichtig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ehrlich und aufrichtig wäre es auch, wenn die **Ministerpräsidentin** von Anfang an **Führungsstärke** unter Beweis gestellt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

sich persönlich eingemischt und die Dinge klargestellt hätte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das wirft natürlich auch einen Blick auf den **Zustand dieser Koalition**, wenn zunächst tagelang nichts passiert,

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und dann macht man eine Kabinettssitzung hinter verschlossenen Türen, angeblich vertraulich, und hinterher wird dann gegenüber der Presse gestreut, man habe den grünen Umweltminister gerüffelt. - Soviel zum Zustand Ihrer Koalition! Das ist nicht ehrlich und aufrichtig, sondern es wirft ein bezeichnendes Licht darauf, wie es hinter Ihren Kulissen wirklich zugeht.

(Ursula Kähler [SPD]: Bullermeier! - Unruhe)

Diese Regierung hat in dieser Frage versagt. Diejenigen, die es mit dem Kontrollauftrag dieses Parlamentes ernst meinen, wären gut beraten, unserem Ergänzungsantrag heute zuzustimmen und damit ein Stück Ehrlichkeit und Vertrauen in die Politik wiederherzustellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Hentschel das Wort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er sagt uns jetzt, er ist nicht im Urlaub gewesen!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in der Begeisterung, die Sie erfaßt hat, muß man sich an die Tatsachen halten. Tatsache ist, daß Cuxhaven, nachdem das Schiff am 25. Oktober in Brand geraten ist, bereits am 26. Oktober um 7:30 Uhr informiert wurde.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Von wem? Von Ihnen?)

- Nicht von mir! Es gibt eine ausführliche Dokumentation über die ganzen Vorgänge, in der die einzelnen Abläufe beschrieben worden sind.

(Ursula Röper [CDU] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die sollte verteilt werden! - Ursula Röper [CDU]: Wieso haben Sie die und wir nicht? - Unruhe bei der Opposition)

Herr Kayenburg, wie populistisch die Debatte geführt wird, möchte ich an einem Punkt deutlich machen, nämlich am Schleppen. Man nimmt etwas an den Haken und schleppt es ab wie ein Kinderspielzeug. Ich habe mich die ganze Zeit über persönlich informieren lassen, weil mich das Ganze gerade als Grüner natürlich beschäftigt und ich das für sehr gravierend halte. Frau Fröhlich hat es genauso gemacht; wir haben ständig über die Probleme geredet und uns sowohl von den offiziellen Stellen als auch von Fachleuten, wie zum Beispiel vom Nautischen Verein, informieren lassen.

Heute sagen mir immer noch Fachleute: Es ist nicht sicher gewesen, ob es, wenn Cuxhaven die „Oceanic“ sofort hingeschickt hätte, möglich gewesen wäre, das Ding wegzuholen. Es hat ja mehrere **Abschleppversuche** gegeben, die alle gescheitert sind. Bei Windstärke 10 bis 12 haben Leute unter Einsatz ihres Lebens versucht, Seile zu befestigen. Es sind dreimal die Trossen gerissen. Beim viertenmal ist eine Stahlrosse gelegt worden, nachdem ein Mensch bei Windstärke 11 mit dem Hubschrauber auf dem Schiff abgesetzt worden ist. Man stelle sich einmal vor, was das bedeutet! Ich persönlich habe erlebt, was Windstärke 9 bedeutet: Da sieht man nur noch meterhohe Gischt auf dem Meer und sonst nichts mehr. In dieser Situation ist der Mann auf dem Schiff gelandet und hat eine Stahlrosse angebracht. Dann ist die Befestigung für diese Stahlrosse auf dem Schiff ausgerissen, weil aufgrund der Hitzeentwicklung mittlerweile der Stahl auf dem Schiff mürbe war. Das war die Situation.

Und da stellen Sie sich hier hin und fordern, man hätte das Schiff kurz an den Haken nehmen sollen! - Es sind

sicherlich Fehler passiert. In solchen Situationen werden immer Fehler gemacht. Um so wichtiger ist es - das ist ein Punkt unseres Antrages, den wir gemeinsam beschließen sollten -, daß es von vornherein eine einheitliche Abstimmung, eine **einheitliche Kommandozentrale** geben muß, die jederzeit auf eigene Initiative in Aktion treten kann und nicht erst aufgrund vorgegebener Bedingungen, wo man warten muß, bis man die Bedingungen endlich erfüllt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dieser schwere Konstruktionsfehler muß geändert werden. Das ist aber ein Punkt, der vom Umweltminister von vornherein eingefordert worden ist.

Weiter zu den Tatsachen! Alle Experten machen sich Gedanken. Ich habe auch gefragt, was denn mit dem **Löschen** ist. Dann kam die Diskussion mit den Experten auf,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit welchen Experten?)

daß dieses Ding - das ist ein geschlossener Raum, in dem das Holz glüht - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß mit Ihrem Kurzbeitrag!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der vorher amtierende Präsident hat gesagt, daß wir eine längere Redezeit haben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann führen Sie Ihr Argument zu Ende!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der glimmende Laderaum ist wahrscheinlich vollgefüllt mit Kohlenmonoxid. Wenn man den aufmacht und Sauerstoff darankommt, könnte das Ding wie

(Karl-Martin Hentschel)

eine Bombe explodieren, und wir könnten die Bescherung haben, daß alles auseinanderfliegt.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Das ist, was befürchtet wird, warum das Ding wie ein rohes Ei behandelt wird und warum sich Experten so viele Gedanken darüber gemacht haben: Soll man das Ding nun von außen überfluten, völlig unter Wasser setzen, oder soll man es mit Kohlendioxid praktisch ausspülen, um das Kohlenmonoxid herauszukriegen und so die Situation zu bekommen, daß das Feuer gelöscht wird? Zu glauben, das sei eine Geschichte, die wir hier im Parlament erklären können, halte ich für etwas einfältig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Hauptaufgabe des Umweltministers in dieser Situation war nicht das Feuerlöschen vor Ort oder, die Aufgabe der Einsatzleitstelle zu übernehmen, sondern Hauptaufgabe war, mit allem Druck dafür zu sorgen, daß auf schleswig-holsteinischer Seite, in der Region die Maßnahmen und **Vorbereitungen** für den Fall getroffen werden, daß es zu **Ölaustritten** kommt. Das ist das, worum sich das Umweltministerium die ganze Zeit gekümmert hat. Mir ist auch mehrfach gesagt worden, daß genügend Menschen im Einsatz waren, um das zu bewältigen. Natürlich wird man auch da, wenn man es im nachhinein analysiert, feststellen, daß man etwas besser hätte machen können.

Noch zu einem Punkt! Ich denke, Rainder Steenblock ist da vielleicht etwa zu bescheiden. Ich möchte hier immerhin sagen, daß ich weiß, daß er seinen Urlaub abgebrochen hat, in dieser Situation permanent erreichbar war und sich persönlich um die Dinge gekümmert hat. Er war gerade weg gewesen, da war er schon wieder da. Das habe ich selber miterlebt.

Von daher halte ich das, was hier versucht wird, nämlich zu sagen, man hat einen Unfall, sucht einen Schuldigen und versucht, den Umweltminister zu skalpieren, für zutiefst ungerecht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD], Ursula Kähler [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Der Antrag ist sehr gut. Es ist keine Lobhudelei. Die Landesregierung wird in einem einzigen Punkt gelobt, und zwar da, wo es darum geht, daß sie sich für eine Verlängerung des Chartervertrages mit dem Hochseeschlepper „Oceanic“ eingesetzt hat. Wenn man das teilt - ich glaube, alle hier im Haus tun das -, kann man das auch so unterzeichnen. Das ist der einzige Punkt, in dem die Landesregierung gelobt wird.

Im übrigen sind bereits jetzt drei wesentliche **Konsequenzen** gezogen worden - auf der Seite 2 nachzule-

sen -, Dinge, die geprüft und in Angriff genommen werden müssen, die ich für die zentralen Punkte halte.

Das ist erstens die Möglichkeit einer optimierten Abstimmung beim Schleppereinsatz mit benachbarten Staaten wie Dänemark.

Das ist zweitens die Regelung für eine bessere Ausbildung der Besatzung und angemessene Sicherheitsstandards von Schiffen, die in europäischen Häfen anlegen - ein ganz zentraler Punkt. Ich habe mittlerweile das Protokoll über den Zustand des Schiffes, der Besatzung und der Ausbildung der Besatzung vorliegen. Wer das liest, kann sich nur die Haare raufen und fragen, wie so etwas überhaupt fahren darf, wie so etwas möglich ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, Sie kommen jetzt zum Schluß.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Drittens ist das die Einrichtung eines europäischen, internationalen Finanzfonds, um die absolute Priorität der Bergung von havarierten Schiffen nach der Bergung der Besatzung zu gewährleisten und um Folgekosten nach Schiffunfällen abzusichern, damit eben nicht Eigener aus Versicherungsgründen Widerspruch gegen Bergungsmaßnahmen leisten können.

Diese drei Konsequenzen hält dieser Antrag fest. Ich halte es für entscheidend, daß wir uns gemeinsam dafür einsetzen und fordere den Landtag auf, einmütig diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren. Damit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt, und zwar erstens über den fraktionsübergreifenden Dringlichkeitsantrag und zweitens über den von den Fraktionen von CDU und F.D.P. eingereichten Antrag. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag Drucksache 14/1765 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich stelle jetzt den Entschließungsantrag von CDU und F.D.P. zur Abstimmung. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

Herr Minister Steenblock hat um das Wort zu einer persönlichen Erklärung gebeten.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Es tut mir leid, Sie aufhalten zu müssen, aber ich muß doch noch etwas zu dieser Urlaubsgeschichte sagen. Es ist richtig, daß ich, weil ich dieses Jahr kaum Urlaub gemacht hatte, etwas längerfristiger geplant, zumindest diese Woche, vom 2. bis zum 6., für mich als Jahresurlaub gebucht hatte.

Ich bin am Montag, dem 2., den ganzen Tag in Kiel gewesen, am Dienstag war Kabinett, da war unter Verschiedenes „Bericht über ‘Pallas’“ angemeldet, am Mittwoch hatte ich vormittags einen Termin, habe mich dann hier in Norddeutschland aufgehalten, am Donnerstag auch, habe mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abgeklärt - zu dem Zeitpunkt war weder dem Umweltausschuß noch anderen klar, daß sich die Situation so dramatisch entwickeln würde -, daß alle Eventualitäten, alle Ölbekämpfungsmaßnahmen vorbereitet sind - das ist auch so geschehen -, war jederzeit erreichbar, war jederzeit in der Lage, innerhalb von ein- bis zu Stunden wieder in Kiel zu sein und bin dann am Freitag zurückgefahren, war also nur am Donnerstag den ganzen Tag und Dienstag einen halben Tag weg, war Freitag früh wieder hier in Kiel erreichbar. Das war mein Jahresurlaub.

Das war in der damaligen Situation vertretbar. Wenn ich das zum jetzigen Zeitpunkt betrachte, muß ich sagen: Ich weiß auch nicht, was ich damals anders hätte entscheiden können als das, was zu entscheiden war.

(Holger Astrup [SPD]: Nichts!)

Die Aussage, daß ich vom 2. bis zum 6. weg gewesen sei, ist so nicht richtig. Ich hoffe, daß ich das richtiggestellt habe.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 9 auf:

Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1997

Bericht der Landesregierung

Drucksache 14/1606

Ich erteile das Wort dem Herrn Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr. Ich weise das Haus darauf hin, daß dies seine Jungmannrede ist, die sehr schnell kommt. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei.

Ich weiß nicht, ob wir Ihnen mehr helfen, wenn wir rausgehen oder dableiben; aber ich bitte schon um etwas mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung.

Horst Günter Bülek, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Sie helfen mir, wenn Sie dableiben! - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich so rasch nach meinem Amtsantritt Gelegenheit habe, dem Landtag über eines der wichtigsten Politikfelder des Landes zu berichten. Technologiepolitik ist die nötige Stimulanz für einen Wirtschaftsstandort, der sich im globalen Wettbewerb behaupten will. Technologiepolitik ist gleichsam die Speerspitze für einen Arbeitsstandort, der möglichst vielen Menschen zukunftssichere, rentable Beschäftigung bieten will.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Ein **zentrales Instrument unserer Technologiepolitik** ist die Technologiestiftung Schleswig-Holstein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es ist guter Brauch und Gesetzesauftrag, daß die Landesregierung jährlich diesen Bericht erstattet über die Tätigkeit der Technologiestiftung, über die erfolgreiche Tätigkeit der Technologiestiftung, wie auch in diesem Jahr wieder festgestellt werden kann.

Ich möchte zunächst die wichtigsten Eckpunkte des Berichtes erläutern, dann aber diese erste Gelegenheit nutzen, Ihnen in einigen grundsätzlichen Bemerkungen mein Verständnis von Technologiepolitik in Schleswig-Holstein zu umreißen.

Zunächst zum Bericht der **Technologiestiftung**! Die Einnahmen betragen 7,8 Millionen DM einschließlich eines Überschusses aus dem Vorjahr in Höhe von 1,8 Millionen DM. Ausgegeben hat die Stiftung 6,8 Millionen DM. Es blieb also ein Überschuß von einer Million DM, da bei einigen Projekten die Mittel langsamer abgeflossen sind als zunächst geplant. Der

(Minister Horst Günter Bülc)

Überschuß wurde wie in den vorherigen Jahren in den neuen Haushalt eingestellt.

Die TSH hat im Jahr 1997 31 **Projekte** mit insgesamt 4,1 Millionen DM gefördert. Daneben hat sie zwei Aufträge von rund 360.000 DM vergeben. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Biotechnologie mit einem Einsatz von 1,9 Millionen DM und die Informations- und Kommunikationstechnik sowie Multimedia mit insgesamt 1,4 Millionen DM. Diese Zahlen zeigen, allein dreiviertel der Projektmittel entfielen auf zwei Felder. Ich halte diese Politik der Konzentration, die die Stiftung betreibt, für richtig. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, und die sind auf zwei Technologien gesetzt worden, die sich sehr dynamisch entwickeln und die Querschnittstechnologien sind.

(Beifall der Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU], Brita Schmitz-Hübsch [CDU] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie versprechen also besonders große und mittelbare Effekte.

Ich nenne die BioInitiative Nord, in der Schleswig-Holstein und Hamburg gemeinsam den vernünftigen Aufbau der Biotechnologie im Norden vorantreiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie der Multimedia nenne ich als eine zentrale Aktivität der Stiftung das EU-Modell RISI, bei dem es um den regionalen schleswig-holsteinischen Weg in die Informationsgesellschaft ging.

Inzwischen sind aus der Fülle der Ergebnisse dieses fruchtbaren Prozesses zunächst rund 20 **Leitprojekte** ausgewählt worden. Von der Förderung netzgestützter Informations- und Kommunikationsanwendung in kleineren und mittleren Unternehmen - das Stichwort ist electronic commerce - über Online Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung, eine Kultur-Info-Datenbank, ein Weiterbildungsserver, ein Umweltinformationsnetz bis hin zu Projekten, die den elektronischen Informationszugang für alle sowie mehr Medienkompetenz und Datenselbstschutz zum Ziel haben.

Ich bin der TSH und ihrem Direktor für das außerordentliche Engagement dankbar, mit dem sie das Thema Informationstechnologie und deren Anwendung vorangetrieben haben.

(Beifall im ganzen Haus)

Es hat viel positive Resonanz gegeben, und die war verdient.

In dem Jahresbericht der TSH ist besonders begrüßenswert, daß die durchschnittliche Förderquote bei Stiftungsförderungen weiter zurückgegangen ist, nämlich um 2 ½ Prozentpunkte auf nunmehr knapp 64 %. Darin schlägt sich die erfreuliche Tendenz zu **mehr Projekt-förderung statt Ausstattungsförderung** im Hochschulbereich nieder. Die Tendenz geht stärker in Richtung Kooperationsprojekte von Wissenschaft und Wirt-

schaft. Das kommt der Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Wirtschaft zugute und trägt dazu bei, zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.

Erwähnen möchte ich schließlich noch die Beteiligung der **TSH** an der Fachhochschule Lübeck Projekt GmbH. Damit unterstützt die Stiftung nach der Fachhochschule Kiel eine zweite **Hochschule** in ihrem Bemühen, den Technologietransfer zu intensivieren und ihre Kompetenzen zu vermarkten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie vereinzelt bei der CDU)

Die Technologiestiftung hat einen ausgezeichneten Ruf. Wie sehr ihre Arbeit geschätzt wird, haben die heftigen Reaktionen auf die Reduzierung des Stiftungskapitals gezeigt. Die überwiegende Mehrheit der Beteiligten hat sich vehement gegen diesen Plan ausgesprochen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU sowie der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.])

Ich kann das verstehen, zumal die Förderung durch die TSH insbesondere für die Finanzierung von Hochschulprojekten Bedeutung hat. Ich sehe aber auch, daß die Landesregierung angesichts der angespannten Haushaltssituation im Jahr 1999 wohl kaum andere Möglichkeiten hatte. Ich trete dafür ein, daß die **Verminde-rung des Stiftungskapitals** auf das ursprüngliche Anfangskapital von rund 60 Millionen DM nicht von Dauer ist. Es gibt die Zusage der Ministerpräsidentin, das Kapital so bald wie möglich wieder aufzustocken. Ich bin zuversichtlich, daß das bereits im Jahr 2000 ganz oder teilweise erfolgen wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

- Schauen wir mal!

Es gibt darüber hinaus die interessante Idee, **privates Kapital** für die TSH einzuwerben. Ich werde prüfen

(Minister Horst Günter Bülck)

lassen, ob und unter welchen Bedingungen das möglich ist.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Lassen Sie mich nun einige grundsätzliche Bemerkungen zur Technologiepolitik und zur Förderung von Innovationen in der Wirtschaft machen.

Erstens. Schleswig-Holstein ist mit Erfolg dabei, sich als **innovativer Wirtschafts- und Technologiestandort** zu entwickeln und zu profilieren. Ich werde alles daran setzen, diese Erfolge weiter auszubauen. Dabei ziehe ich mit meiner für den Wissenschaftsbereich zuständigen Kabinettskollegin, Frau Erdsiek-Rave, an einem Strang.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wissen, daß ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort nur denkbar ist, wenn er ein erfolgreicher Wissenschaftsstandort ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Zweitens. Ein herausragender Schwerpunkt unserer Technologiepolitik ist der **Ausbau der Informationsgesellschaft**. Die digitale Revolution kostet Arbeitsplätze, sie schafft aber zugleich neue und zukunftsträchtige Arbeit. - Der Saldo ist um so positiver, je breiter die Informations- und Kommunikationstechnologie eingesetzt wird und je interessanter die Anwendungen in möglichst vielen Lebensbereichen sind. Wir werden solche Impulse setzen. Dazu hat mir die Ministerpräsidentin die Federführung für die Landesinitiative Informationsgesellschaft übertragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Der Startschuß soll spätestens im Januar 1999 erfolgen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Unser Programm „Innovation schafft Arbeit“ hat verschiedene Komponenten, die alle ein Ziel haben, nämlich die betriebliche Innovation anzuregen und zu beschleunigen, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Als dritten Schwerpunkt nenne ich den **Technologie-transfer**. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen in wirtschaftlich erfolgreiche Produkte umgesetzt werden

(Beifall im ganzen Haus)

- und zwar schnell!

Während früher die Großen die Kleinen gefressen haben, fressen heute die Schnellen die Langsamen.

Meine Kollegin Ute Erdsiek-Rave und ich werden daher sehr schnell nach Wegen suchen, wie wir den Wissenschafts- und Technologietransfer aus den Hochschulen in die Wirtschaft weiter beschleunigen können.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist sie schneller als Heide Simonis?)

Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein mit vorwiegend kleinen und mittleren Unternehmen, die in

der Regel keine eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen unterhalten können, spielt eine wirksame Technologietransfer-Infrastruktur eine ganz besondere Rolle. Wir haben eine solche Infrastruktur, und sie ist erfolgreich. Sie soll aber auch den Herausforderungen der nächsten Jahre gewachsen sein. Deshalb halte ich die begonnene Evaluierung des Transfersystems für notwendig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Günter Neugebauer [SPD]: Sehr gut!)

Wir werden die vorliegenden Ergebnisse der Studie und der Gespräche mit den beteiligten Institutionen sehr schnell auswerten und konkrete Vorschläge zur Optimierung der Beratungs- und Transferinfrastruktur vorlegen.

Schleswig-Holsteins Technologiekonzeption genießt auch außerhalb des Landes einen guten Ruf. Wir wollen bewährte Strukturen erhalten, wir müssen sie aber weiterentwickeln, wenn wir unsere Chancen im verstärkten Wettbewerb und unter dem Innovationsdruck nutzen wollen.

Schleswig-Holstein ist ein High-Tech-Land. Die Technologiepolitik muß nach meinem Verständnis die richtigen Handlungsfelder auswählen, das heißt, die Technologiebereiche, die einerseits zukunftsträchtig sind und andererseits Anknüpfungspunkte in unserem Land finden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gentechnik!)

insbesondere Informations-, Kommunikationstechnologien, Medizintechnik, Biotechnologie und Umwelttechnik. Technologiepolitik muß nach meinem Verständnis flexible anpassungsfähige Beratungs- und Transferstrukturen schaffen und immer wieder optimieren, damit durch Innovation und Wachstum Beschäftigung entsteht.

(Vereinzelter Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Technologiepolitik muß gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein die begrenzten Ressourcen an

(Minister Horst Günter Bülc)

Geld und Wissen bündeln. Technologiepolitik muß deshalb auf Kooperation mit den Hochschulen, mit den Forschungsinstituten, mit so erfolgreichen Institutionen wie der Technologiestiftung, vor allem aber mit der Wirtschaft bauen. Und Technologiepolitik muß insgesamt ein Klima schaffen, das Gründer- und Erfindergeist, Risikobereitschaft und Zukunftsorientierung stärkt.

(Beifall im ganzen Haus - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: So ist es!)

In diesem Sinn werde ich die Technologiepolitik der Landesregierung fortführen, verstärken und akzentuieren.

(Anhaltender Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich muß der sogenannten Jungfernrede kein Lob zollen, das hat das Plenum selbst getan.

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muß sehen, daß ich in Zukunft nicht so häufig nach dem neuen Minister reden muß, weil es dann doch lange dauert, bis ich das Pult auf meine Länge hergerichtet habe.

(Heiterkeit)

Herr Minister, ich habe Ihre Rede mit großem Interesse gehört und freue mich über Ihr leidenschaftliches Bekenntnis zur Bedeutung der Technologiepolitik für das Land Schleswig-Holstein. Ich hoffe, Sie werden Erfolg haben. Ich wünsche Ihnen in diesem schwierigen Kabinett als parteiloser Minister einen glücklichen Weg. Einen Vorgeschnack, wie es einem als Minister ergehen kann, haben Sie eben als Anschauungsunterricht in der vorigen Debatte bekommen.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Drohung!)

Der **Bericht über die Tätigkeit der Technologiestiftung** im Jahr 1997 - 1997! - ist nun schon zweimal verschoben worden. Fast am Ende des Jahres 1998 darf er endlich im Landtag diskutiert werden. Es sind noch sechs Wochen bis zum Jahresende. Das möchte ich allen sagen, die das noch nicht wahrgenommen haben. Der Bericht scheint ein heißes Eisen zu sein, und zwar weniger wegen seiner Inhalte, sondern wegen der **politischen Folgerungen**, die daraus gezogen werden. Das ist bestimmt auch wegen erheblicher Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SPD, zwischen Fraktion und Regierung, so.

Aus dem Kapital der Technologiestiftung sollen 15 Millionen DM abgezogen werden, und das, obwohl die Bewertung des Technologie-Transfer-Systems in

Schleswig-Holstein noch läuft. Die Ergebnisse dieser Evaluierung hätten eigentlich bis zum Sommer vorliegen sollen. Statt dessen haben wir nur einen Zwischenbericht über Befragungen, deren Aussagewert bei einem Rücklauf von eben 10 % fragwürdig erscheint. Außerdem enthält dieser Zwischenbericht einen Vorschlag für die Zusammenlegung von Technologiestiftung und Technologie-Transfer-Zentrale, der bislang nicht abgestimmt ist und der höchstens als Diskussionsgrundlage dienen kann.

Eine so massive Kapitalherabsetzung von 20 % ist im Stiftungsgesetz nicht vorgesehen. Das Gesetz muß also geändert werden, und das geht nicht geräuschlos ab. Es gab erhebliche Proteste aus der Öffentlichkeit, und der Wissenschaftliche Beirat hat nicht zugestimmt. Herr Minister, das haben Sie eben selbst eingeräumt.

Außerdem ist die Zustimmung der Regierungsfraktionen hierfür erforderlich. Es gibt Abgeordnete in der SPD, die hatten sich - hatten sich! - vehement gegen die Kürzung ausgesprochen. Wo findet sich Ihr Einfluß in der Nachschiebeliste, die uns vorliegt?

Es gibt einen Spruch aus Schwaben, den habe ich nicht in meinen offiziellen Redetext hineingeschrieben, aber ich möchte ihn Ihnen nicht vorenthalten. Die Schwaben sagen in solchen Fällen: „Wanscht gackerscht, muscht auch läge!“

(Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie das einmal übersetzen? - Zurufe von der SPD)

- Herr Müller, ich kann bis jetzt nicht sehen, daß Ihren Worten Taten gefolgt sind, und ich war gespannt auf die nächste Nachschiebeliste, die kommt. Aber wenn ich den Minister richtig verstanden habe, ist von einer Rücknahme der 15 Millionen DM keine Rede, sondern es wird vage erklärt, irgendwann geht es wieder zurück. Darauf können Sie lange warten.

Aber bleiben wir bei den 15 Millionen DM. Für die Stiftung bedeuten sie einen Ertragsausfall von rund 1 Million DM und damit den Ausfall von fast 20 % der Fördermittel. Mit diesem Geld sind vorrangig Projekte im Bereich der Biotechnologie gefördert worden, und zwar jedes Jahr wieder. Und das hätte man auch in Zukunft jedes Jahr wieder so machen können. Doch leider braucht die Landesregierung Geld. Da ist ihr die Technologiestiftung in den Sinn gekommen, die sie einst selbst aus dem Erlös der

(Brita Schmitz-Hübsch)

HDW-Anteile geschaffen hat, und die sie auch selbst aufgestockt hat.
Von den 15 Millionen DM, die aufgelöst werden sollen, plumpst die Hälfte durch und verschwindet irgendwo im Landeshaushalt für die Finanzierung von irgendwelchen Haushaltstlöchern.

(Martin Kayenburg [CDU]: Hört, hört!
Das Geld ist weg!)

Die andere Hälfte soll für ein Programm „Innovation schafft Arbeit“ ausgegeben werden, das knapp im Haushaltsentwurf skizziert wird. Es soll offensichtlich nicht sehr viel anderes mit dem Geld gemacht werden, als es auch die Technologiestiftung gemacht hätte, nur wird die Entscheidung über die Mittelvergabe ins Wirtschaftsministerium zurückverlegt. Allein das läßt bereits sehr tief blicken.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Damit werden die **Unabhängigkeit und die Arbeitsfähigkeit der Technologiestiftung** eingeschränkt, die ja nur die Zinsen verbrauchen darf. Demnächst laufen die ersten langfristigen Geldanlagen aus, für die noch hohe Zinsen vereinbart waren. Der zur Verfügung stehende Jahresbetrag wird also ohnehin sinken.

Über die Ergebnisse des Berichts werden wir im Wirtschaftsausschuß diskutieren. Auch ich finde die **Schwerpunkte** in den Arbeitsfeldern Biotechnologie und Informationsgesellschaft eindrucksvoll. Die Beteiligung an den Technologie-Transfer-Gesellschaften der Fachhochschulen geht voran: Nach der Fachhochschule Kiel hat sich auch die Technologiestiftung in Lübeck beteiligt. Zu fragen wäre jetzt, wann die Fachhochschulen in Flensburg und in Heide an die Reihe kommen.

Ebenfalls interessant ist der Hinweis auf die Betreibergesellschaft des Schleswig-Holstein-Forums, die noch in diesem Jahr auf der Grundlage einer öffentlichen europaweiten Ausschreibung in eine privatwirtschaftliche Trägerschaft überführt werden soll. So steht es jedenfalls im Bericht. Wir würden gern den Sachstand, aber auch das können wir im Ausschuß besprechen. Die Technologiestiftung und ihre Mitarbeiter haben für die technologische Zukunft des Landes gute Arbeit geleistet. Das möchte ich hier ausdrücklich anerkennen.

(Beifall bei der CDU)

Und bei den Mitarbeitern schließe ich selbstverständlich den Herrn Direktor mit ein.

Wir wollen dafür sorgen, daß die Technologiestiftung auch weiterhin ihre Unabhängigkeit behält und ihre Arbeitsmöglichkeiten nicht einschränken muß. Und Sie, Herr Bülck, müssen als neuer Wirtschaftsminister diese Aufgabe wirklich zur Chefsache machen. Da Sie die Historie nicht so gut kennen können, erinnern wir

daran, daß bei der Gründung fest versprochen wurde, die Erträge nur für Zukunftsinvestitionen zu verwenden.

(Martin Kayenburg [CDU]: So war das!)

Die Erträge würden darüber hinaus so angelegt, daß sie vor dem Zugriff begehrlicher Politiker sicher seien.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Das war einmal ein Versprechen.

Nur sieben Jahre nach der Gründung sind diese Versprechen nichts mehr wert. Wir befürchten, daß dies der Anfang vom Ende der unabhängigen Technologiestiftung ist und daß die Stiftung als „Steinbruch“ dient, wann immer Geld benötigt wird.

(Beifall bei der CDU)

Genauso kritisch sehe ich auch Ihr Versprechen, die Gelder zurückzuführen, Herr Bülck. Wir können ja im nächsten und im übernächsten Jahr immer wieder danach fragen, was es damit auf sich hat.

(Zuruf von der SPD)

- Ja, wir werden Sie daran messen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Dann machen wir es selber! - Martin Kayenburg [CDU]: Ab 2000! - Holger Astrup [SPD]: Das wurde schon so oft versprochen und nicht gehalten! - Martin Kayenburg [CDU]: Erst 2000! Da machen wir es wahr!)

Herr Minister Bülck, wir werden Sie überhaupt an der Bewältigung dieser Aufgabe messen. Wir fordern Sie auf, erstens die **Unabhängigkeit der Technologiestiftung** zu erhalten, zweitens die Bewertung des Technologietransfers in Schleswig-Holstein zum Ende zu bringen und drittens eine vernünftige Neuorganisation aller vorhandenen Einrichtungen vorzunehmen. Das heißt einschließlich Technologiestiftung, Technologietransferzentrale, Energiestiftung, der Technologietransferbeauftragten an den Fachhochschulen, die, nebenbei gesagt, so ein bißchen vor sich hinkümmern, sowie der Technologiezentren.

Das Ziel muß sein, die knappen finanziellen Mittel optimal einzusetzen und Doppelarbeit und vor allen Dingen Doppelförderung zu vermeiden.

(Brita Schmitz-Hübsch)

Meine Damen und Herren, ich beantrage die Überweisung des Berichts an den Wirtschaftsausschuß zur abschließenden Beratung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach dem Motto: „Klasse statt Masse“, haben wir jetzt ein sehr fachkundiges Publikum.

(Beifall des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU])

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten gerade das Zukunftsthema dieses Landes schlechthin, wie Sie an der Beteiligung sehen können.

(Lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Das gilt für alle; wissen Sie, lieber Kollege Haller, ich gehöre auch nicht gerade zu denen, die sich durch besonders häufige Präsenz im Plenum auszeichnen. Aber ich finde, daß wir nicht immer nur maulheldenartig die Zukunftsthemen benennen dürfen, sondern wir müssen uns auch mit der Sache auseinandersetzen. Es geht nicht nur um die Teilnahme im Plenum, sondern es geht generell um die ernsthafte Auseinandersetzung im gesamten politischen Bereich.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Ich habe am Montag in einer Rede in Berlin gesagt, daß wir uns in dieser Legislaturperiode schon dreieinhalb Stunden mit der Bejagung der Rabenvögel beschäftigt haben. Dies ist das zweite Mal, daß wir uns mit der **Technologiepolitik** beschäftigen. Das erste Mal hat die Debatte 35 Minuten gedauert. Ich glaube schon, daß wir uns alle ans Portepee fassen müssen, und wenn wir schon wissen, daß die Technologiepolitik die Zukunft für dieses Land sichert, dann müssen wir uns auch ein bißchen Mühe damit geben.

(Beifall im ganzen Haus)

Da nehme ich keinen aus.

Zunächst darf ich Dir, lieber Horst-Günter Bülck, dafür danken, daß du deine Jungfernrede hier so gut bestanden hast. Wir Wirtschaftspolitiker der Mehrheitsfraktion sind froh, daß wir einen Wirtschaftsminister bekommen haben, der sich durch unternehmerisches Fachwissen auszeichnet.

Meine Damen und Herren, der Tätigkeitsbericht der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1997 ist aus zweierlei Sicht bemerkenswert. Zum einen belegt der Bericht eine klare technologiepolitische Schwerpunktsetzung, zum anderen zeigt er deutlich, daß sich die TSH in ihrer Arbeit auch qualitativ anpaßt und verändert. Der vorwiegend zielorientierte Ansatz wird ergänzt durch eine prozeßorientierte Technologiepolitik.

Die Förderung der Biotechnologie und die Gestaltung der Informationsgesellschaft standen im Mittelpunkt der Tätigkeit - so heißt es im Bericht.

Mit der Beteiligung der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg am BioRegio-Wettbewerb des Bundesforschungsministerium hat sich der Norden zu dieser Technologie politisch eindeutig bekannt. Dieser Mittelweg zwischen chemischer Keule und Genmanipulation, wie ich die **Biotechnologie** einmal bezeichnen möchte, zählt ganz sicher zu den wissenschaftlichen und ökonomischen Handlungsfeldern, denen in den kommenden Jahren vielschichtige Entwicklungsmöglichkeiten und Prosperität vorausgesagt werden.

Die TSH hat mit 15 Projektförderungen in den letzten zwei Jahren wesentliche Impulse geben können. Wer weiß, daß Technologiediskussionen in Deutschland ganz überwiegend als Risikodiskussionen und nicht als Chancendiskussionen geführt werden, der muß würdigen, daß wir uns in unserem Land zum Thema Biotechnologie bekannt haben. Das ist positiv.

(Beifall bei der SPD)

Kaum eine technologische Entwicklung wird die Lebensbedingungen und Lebensgewohnheiten so verändern wie die digitale Revolution. Die vom Computer erzeugten kybernetischen Welten werden Wirklichkeit. Schier grenzenlose, bidirektionale Kommunikation schreibt nicht nur Marketingstrategien völlig neu und verändert weltweite Arbeitsteilung: sie gibt auch uns Individuen völlig neue Möglichkeiten und Freiheiten, wenn vorhandene Scheu und Unwissenheit abgebaut und die sinnvollen Möglichkeiten einer möglichst breiten Schicht unserer Bevölkerung nähergebracht werden.

(Beifall bei der SPD)

Auf dem Weg in die **Informationsgesellschaft** gehen bislang nur 5 % unserer Gesellschaft aktiv mit. Wir müssen die breiten Schichten befähigen, die neuen Möglichkeiten zu nutzen. Erst dann werden sie ihre Chancen auch entwickeln können. Der Weg ist das Ziel, meine Damen und Herren!

Die TSH hat das Projektmanagement der Initiative „Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“ im Rahmen von RISI professionell getragen und in der Tat eine breite Auseinandersetzung mit dem Thema

(Klaus-Dieter Müller)

organisiert. Es bleibt abzuwarten, ob es uns insbesondere gelingt, die regionale Förderkulisse strukturell entsprechend anzupassen und durch eine Vielzahl konkreter Projekte möglichst breite Anwendungsfelder in Schleswig-Holstein zu erschließen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal sehr deutlich die Bedeutung der Technologiestiftung für die technologische und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes unterstreichen. Die **Forschungs- und Entwicklungskapazitäten** in den bei uns ganz überwiegend kleinen und mittelständisch strukturierten Unternehmen nehmen mehr und mehr ab. Gleichzeitig aber benötigen wir eine immer schnellere Umsetzung der Forschungsergebnisse in Produkte. Wir brauchen Arbeit. Für diesen gegensätzlichen Anspruch benötigen wir zwischen Hochschulen und Wirtschaft einen Katalysator.

Die für mich wichtigste Leistung der TSH besteht darin, daß es ihr in den vergangen Jahren gelungen ist, den klassischen Transfer vom Forschungsgegenstand zum Produkt - wenn ich das einmal so salopp ausdrücken darf - um die Gegenrichtung zu erweitern, also Produkterwartungen zu formulieren und entsprechende Forschungsstrukturen zu initiieren. Die FH-GmbHs, die genannt wurden, sind Ausdruck und Instrument dieses Weges.

Frau Schmitz-Hübsch, ich bin sehr froh, daß die neue Führung unseres Technologieministeriums sehr schnell betont hat, daß die Arbeitsfähigkeit der Technologiestiftung erhalten bleiben muß.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das klare Bekenntnis zur Bedeutung der Technologiepolitik für die Landesregierung - durch den Minister hier bekundet - ist ein Zeichen. Nicht ganz ohne Stolz für die Wirtschaftspolitiker der Mehrheitsfraktionen gehe ich davon aus

(Zuruf von der CDU: Das sind nicht so viele!)

- das ist eine ganze Menge; das ist ein Drittel -,

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Wo sind sie denn?)

daß es nicht bei bloßen Absichtserklärungen der Ministerpräsidentin bleibt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie werden uns daran messen können, meine Damen und Herren. Es wird nicht bei bloßen Absichtserklärungen bleiben. Die **Technologiestiftung** wird ein wichtiges Instrument der Technologiepolitik bleiben. Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dem Direktor, aber auch den Gremien der Technologiestiftung für ihre erfolgreiche Arbeit danken.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Deutscher Doppelsieg“ ist nicht die Schlagzeile zur Berichterstattung über einen Formel-1-Weltmeisterschaftslauf, sondern das Ergebnis der EU-Studie über die zehn potentesten High-Tech-Regionen in Europa. Bei den Spitzentechnologien befinden sich sechs deutsche Bundesländer unter den „Top Ten“: Rheinland-Pfalz, Hessen, Hamburg, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Schleswig-Holstein ist leider noch nicht dabei.

Es liegt auch ein bißchen an der Erhebungsmethode. Das muß man auch zugeben. Denn es wurde gefragt, wie viele Beschäftigte in einer speziellen Branche arbeiten. Dann schneiden natürlich Länder mit großen, technologisch führenden Firmen wie Siemens, BASF und Daimler-Benz besser ab als ein Land, in dem 99 % der Beschäftigten in kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt sind, wie wir es letztes Jahr aus dem Bericht gelernt haben.

Das zeigt aber auch die Probleme Schleswig-Holsteins in diesem Sektor: Kleine Firmen haben in der Regel nicht das Geld für die Forschung im Bereich der Spitzentechnologien oder auch nur für die Weiterentwicklung von Produktionsverfahren. Es ist hier sicherlich schwerer als anderswo, Firmen zu finden, die sich als Kooperationspartner für Forschungsprojekte anbieten.

Ich kann aber auch anerkennend sagen: In den vergangenen zehn Jahren wurde das Ruder herumgerissen. Die Landesregierung hat mit der klassischen Standortpolitik aufgehört, die darauf hoffte, durch möglichst hohe Subventionen den einen oder anderen Konzern dazu zu bringen, eine Filiale in Schleswig-Holstein aufzumachen. Sie hat statt dessen ein Netz von **Technologiezentren** in Schleswig-Holstein aufgebaut. Mit der **Technologietransferzentrale** wurde gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern ein kompetentes Instrument geschaffen, um die Firmen bei der Innovation von Produkten und Produktionsverfahren zu unterstützen. Es wurden Förderin-

(Karl-Martin Hentschel)

strumente geschaffen. Es wurde in den letzten zwei Jahren ein Schwerpunkt bei der Verbesserung der Existenzgründungsförderung gesetzt, worauf ich sehr stolz bin. Ferner wurde ein Wagniskapitalfonds geschaffen, nämlich der Innovationsfonds „Hamburg/Schleswig-Holstein“ mit 100 Millionen DM.

Was ist die spezifische Rolle der **Technologiestiftung** in diesem Netzwerk? Die Technologiestiftung hat nicht die Rolle von ttz, die in den Firmen Technologietransfer zustande bringen soll; sondern die Technologiestiftung hat eine andere Aufgabe. Ich halte es für ausgesprochen wichtig, daß wir für diese Aufgabe Verständnis haben. Denn sonst laufen wir auf den Leim, auf den meines Erachtens auch das Inno-Gutachten gelaufen ist. Die Technologiestiftung hat die spezielle Aufgabe, in den Hochschulen selber Anreize zu schaffen, daß sich die Hochschulen mit ihren Entwicklungen und Forschungen auf die Produkte orientieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Justus von Liebig hat es einmal so ausgedrückt - das war schon vor 100 Jahren; er wußte es schon weit im voraus -, was auch die TSH berücksichtigen soll: „Die Wissenschaft fängt erst dort an, interessant zu werden, wo sie aufhört.“

Die **Forschungsarbeit** an den **Hochschulen** darf nicht damit enden, interessante wissenschaftliche Veröffentlichungen zu publizieren, sondern muß sich Gedanken darüber machen, was mit ihren Arbeiten passiert. Sie muß Verbindungen aufnehmen und Überlegungen anstellen, wie das, was sie erforscht hat, der Gesellschaft tatsächlich zugute kommen kann.

Im Zusammenhang mit der Hochschulreform, die im nächsten Jahr ansteht, ist es eine ganz entscheidende Aufgabe festzulegen, daß die Hochschulen dieses Landes nicht ein Elfenbeinturm sind, der im Bildungsbereich vor sich hin existiert. Da dieses Land für die Hochschulen Jahr für Jahr eine viertel Milliarde DM ausgibt, haben diese die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich auf die Probleme dieses Landes, der Wirtschaft, der Kultur und so weiter zu beziehen und dort Impulse zu geben, also ein enger Teil der Gesellschaft dieses Landes zu sein. Dafür werden sie bezahlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es falsch - das sage ich hier; damit gebe ich Frau Schmitz-Hübsch recht -, daß geplant ist, das Kapital der Technologiestiftung zu reduzieren, um kurzfristig Geld zu machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sollte man nicht tun. Ich werde mich auch in den Gesprächen der Fraktionen zum Haushalt dafür einsetzen. Wir müssen die eigenständige Aufgabe der Technologiestiftung erhalten und uns auch stärker mit ihrem Wesen auseinandersetzen.

Ich möchte deswegen noch einmal auf die Inno-Studie eingehen. Die Inno-Studie hat eine Reihe von interessanten Punkten genannt. Erstens wird der Begriff des Technologietransfers zu restriktiv gehandhabt. Es gibt - sagt die Inno-Studie - einen viel größeren Markt an marktbezogenen als an technologischen Dienstleistungen. Wir brauchen also eine stärkere Dienstleistungsoorientierung und eine Öffnung des Technologiebegriffs auch in Richtung Technologieberatung. Wir grenzen zur Zeit den Begriff „Technologietransfer“ häufig zu sehr auf die reine Erzeugung von Produkten ein.

Zweitens sind die Instrumente des Technologietransfers und der Technologieförderprogramme zuwenig aufeinander abgestimmt. 80 % der befragten Unternehmen haben unzureichende Kenntnisse von innovationsunterstützenden Angeboten. Ich halte das für entscheidend. Ich muß selber sagen - ich habe es Ihnen ja neulich erzählt, Herr Bülck -, als ich mir zum erstenmal diese rosafarbene Broschüre über die Förderprogramme des Landes mit den 130 Programmen angesehen habe, habe ich auch gestaunt. Ich gebe zu, ich habe das Ganze bis heute noch nicht in seiner ganzen Fülle begriffen. Ich vermute, anderen ist es auch so ergangen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein, nein!)

Das besagt nicht, daß das alles falsch wäre. Diese Programme sind häufig sehr differenziert und speziell auf bestimmte Zwecke ausgerichtet. Aber das sagt aus, daß es einfach entsprechende Instrumentarien geben muß, um im Kontakt, im Dialog mit der Wirtschaft die Möglichkeiten herüberzubringen.

In der Studie sind übrigens die regionalen Innovationsberater sehr gelobt worden, deren Arbeit genau in die Richtung zielt. Das gibt uns auch einen Hinweis darauf, in welcher Richtung von der ttz weitergearbeitet werden sollte.

Ich habe große Zweifel an der Schlußfolgerung der Inno-Studie, daß man die Institutionen zusammenführen sollte. Ich halte das für ausgesprochen falsch. Wenn wir aus der ttz, aus der TSH und eventuell noch aus der Bürgschaftsbank oder dem Rationalisierungskuratorium (RKW) - ich bin ja dort im Vorstand - alles zu einen Klumpatsch packen, alles auf einen Haufen schmeißen und glauben, dadurch würde es besser, dann würde das Gegenteil bewirkt. Die Institutionen haben sehr spezifische Aufgaben. Zum Bei-

(Karl-Martin Hentschel)

spiel hat die Technologietransferzentrale hauptsächlich mit der Wirtschaft zu tun. Sie muß sehr wirtschaftsnah, auch mehr werbend, informierend aktiv sein. Bei der TSH ist das anders; sie hat es mit den Hochschulen zu tun. Die TSH muß gegenüber den Hochschulen mit ihren Forderungen sehr hart und konsequent auftreten und sehr klare Bestimmungen dafür haben, wofür sie Geld gibt und wofür nicht. Sie kann kein Verteilungsladen sein.

Das sind ganz unterschiedliche Aufgaben und unterschiedliche Rollen, die hier gespielt werden. Ich glaube, wenn man die in eine Institution zusammenpackte, dann würde man das Ganze nicht besser, sondern schlechter machen. Ich hoffe also, daß wir in den Ausschußberatungen und bei der Anhörung, wenn es um die Frage der Auswertung der Inno-Studie geht, auf diesen Punkt noch genauer zurückkommen werden und dann auch von den Leuten, die mit diesen Institutionen zu tun haben, Ratschläge bekommen.

Ich verzichte jetzt darauf, im einzelnen auf die Tätigkeiten der Technologiestiftung einzugehen. Das ist in dem Bericht über das letzte Jahr sehr schön beschrieben.

Ich begrüße den Schwerpunkt **Biotechnologie**, was nicht nur risikoreiche Gentechnologie beinhaltet. Das ist ein weites Feld sehr wichtiger Aufgaben insbesondere im Bereich technologischer Erzeugung von Medikamenten.

Ich begrüße den Schwerpunkt RISI. Ich bin in diesem Bereich ja selber sehr aktiv tätig und halte das für einen ausgesprochen spannenden Prozeß, bei dem neu ist, daß die Informationsgesellschaft eben nicht nur Sache von Experten ist, sondern bei dem zum erstenmal - so wie ich das erlebe - auch ganz unterschiedliche Bereiche wie Landfrauenverbände, Schulen, Kommunen, kleine Betriebe, Umweltverbände, Behörden, Kulturinitiativen zusammensitzen und sich Gedanken über die Zukunft der **Informationsgesellschaft** machen. Das ist ein sehr spannender Prozeß. Wer die drei Bände durchsieht, die als Ergebnis der ersten Phase herausgekommen sind, der muß sagen, daß das noch kein Konzept ist. Aber es ist eine ungeheuer breite Dateninformationssammlung, und sie gibt Aufschluß darüber, inwieweit durch diese Initiative ein intensiver Kommunikationsprozeß im Land zustande gekommen ist. Das begrüße ich sehr.

Ich glaube, daß wir mit unserem neuen Minister und den Ankündigungen, die er uns hier heute vorgetragen hat, einen guten Vertreter der Anliegen der Technologie haben. Ich freue mich darauf, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. Ich hoffe, daß wir den Technologiebereich in Schleswig-Holstein - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:
Schlußbemerkung bitte!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich hoffe, daß wir den Technologiebereich als einen Kernbereich der Wirtschaftspolitik in Schleswig-Holstein voranbringen können. Weiter hoffe ich, daß wir in Zukunft auch im Landtag über diesen Bereich noch häufiger, intensiver und erfolgreich diskutieren werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, Sie haben eben davon gesprochen, daß die Technologiestiftung den Zweck habe, die Hochschulen zu unterstützen. Ich darf darauf hinweisen, daß nach dem TSH-Gesetz die Stiftung zunächst den Zweck hat, ergänzend zur staatlichen Förderung Maßnahmen, die der technologischen Entwicklung im Land und seiner Wirtschaft sowie dem ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft dienen, zu fördern.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber ich glaube, wir brauchen das jetzt nicht auszudiskutieren. Das könnten wir auch noch zu zweit oder im Rahmen der Ausschußberatungen machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Jahre wieder debattiert der Landtag - zumindest im Ausschuß - den Bericht der **Technologiestiftung**. Alle Jahre wieder fragt man sich, ob es an der Struktur des schriftlichen Berichts liegt, daß man so wenig Erhellendes über die Stiftung erfährt, oder ob es sich nicht doch um ein Problem in der Förderstruktur handelt.

Wir sprechen viel vom Outsourcing, von der Outputkontrolle und von Zielvereinbarungen. Die Landesregierung sieht sich selbst gern als die Avantgarde der Verwaltungmodernisierung. Wenn ich die Technologiestiftung betrachte, dann ist die Landesregierung in der Tat weit voraus. So weit, daß sie nach meinem

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Eindruck manchmal ein wenig die Orientierung verloren hat.

(Lachen des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was sollen wir Parlamentarier mit einem Bericht anfangen, der letztlich eine Beschreibung der im Vorjahr unterstützten Förderprojekte enthält, freundlich umrahmt von der Aufzählung der Studien und Analysen sowie einer Liste der Publikationen? Wer hier im Hause etwa von - ich weiß nicht, ob ich das Wort überhaupt richtig ausspreche - „Andrea-Quant“ Ahnung hat, der möge sich bitte melden. Viel schlimmer als diese für das Parlament wenig ergiebige Deskriptionswüste ist die Tatsache, daß der Erfolg oder Mißerfolg eines Projektes mit keinem Wort erwähnt wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Mir ist klar, daß Forschung immer auch die Möglichkeit des Mißerfolges hat. Aber meine Fraktion wüßte schon gern, welche Erfolge mit den eingesetzten Geldern erzielt werden.

Ein Mangel an Orientierung besteht auch bei der zukünftigen materiellen Ausstattung der Stiftung. Im Bericht dürfen wir - natürlich wie jedes Jahr; der Minister hat es wieder betont - von den Erfolgen der Stiftung lesen. Trotzdem wird das **Stiftungskapital** um 15 Millionen DM gekürzt. Was denn nun eigentlich? War die Stiftung erfolgreich? - Wenn ja, dann macht es keinen Sinn, einfach 15 Millionen DM aus dem Stiftungskapital zu nehmen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Dann sollten wir uns gemeinsam überlegen, ob und wie es in Zukunft mit der Stiftung weitergeht.

Oder aber der Bericht ist korrekt, und die Arbeit war erfolgreich. Dann macht es wiederum keinen Sinn, überhaupt Geld abzuziehen. Das gilt vor allem auch deshalb, weil Sie die 15 Millionen DM nicht komplett in den Haushalt des Wirtschaftsministers zurückführen, sondern 7,5 Millionen DM für die Deckung der allgemeinen Ausgaben im Haushalt verbraten.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist ein Skandal!)

Der alte Wirtschaftsminister hat dann bei den Haushaltsberatungen auch ein wenig herumgeleiert und hat davon gesprochen, daß die Aufgabenerfüllung der Stiftung unter der Kürzung nicht leide, er aber gleichwohl gern mehr Geld zur Verfügung hätte.

Wenn ich das einmal in normales Deutsch übersetze und mit seiner Aussage in Verbindung bringe, in Schleswig-Holstein stehe mehr Geld für den Radwegebau als für die **Technologieförderung** zur Verfügung,

dann heißt das doch: Gefahr erkannt, Gefahr gleichwohl nicht gebannt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] - Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, das soll ja nun alles besser werden. Angeblich hat - wie man kürzlich lesen durfte - Herr Steinbrück die Technologiepolitik ein wenig vernachlässigt. Interessant finde ich, daß derartiges erst nach seinem Weggang zu hören ist.

(Heiterkeit bei der CDU)

Dem jetzt startenden Wirtschaftsminister Bülck sind vom Finanzminister 40 Millionen DM zusätzlich zugesagt worden - für seinen Haushalt, versteht sich. Also dürfen wir mit Spannung erwarten, wie Innovationen, Investitionen und Technologie demnächst einen herausragenden Stellenwert auch außerhalb der Stiftung bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Bisher ist dieser Betrag im Einzelplan 06 in der Nachschiebeliste allerdings nicht konkretisiert worden.

(Ursula Röper [CDU]: Es kommt ja noch einer!)

Schön, daß als neues Instrument der Haushaltssteuerung nun auch die virtuelle Mehrausgabe ihr Debüt feiert.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Angesichts des bisherigen Tätigkeitsfeldes des neuen Wirtschaftsstaatssekretärs könnte die Stiftung zumindest in den Feldern Informationsgesellschaft und Medienkompetenz demnächst Unterstützung oder vielleicht auch Konkurrenz erhalten.

Ich möchte das Thema Orientierungslosigkeit nicht überstrapazieren, aber ich würde mir den Bereich der Analysen und Studien im Rahmen der Tätigkeit der Technologiestiftung gern etwas genauer anschauen.

Herr Minister Bülck, Sie haben es noch einmal gesagt, daß die Themen Informationsgesellschaft, Medienkompetenz, Multimedia sowie auch die Biotechnologie bei Ihnen in Zukunft in besten Händen sind. Ich wünsche Ihnen - jedenfalls im Namen meiner

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Fraktion - alles Gute dazu und sage Ihnen - wie bisher - konstruktive Mitarbeit zu.

(Beifall bei F.D.P., und CDU sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Ursula Kähler [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann wollen wir abschließend noch Frau Abgeordneter Spoorendonk das Wort erteilen.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Völlig zu Recht hat der neue Wirtschaftsminister bei seinem Amtsantritt Ende Oktober die **Technologieförderung** in Schleswig-Holstein als eines seiner wichtigsten zukünftigen Arbeitsbereiche benannt. Heute hat er dies in seinem Bericht bestätigt. Schleswig-Holstein hat zwar nicht zuletzt durch die Errichtung von vielen Technologiezentren vor Ort im Bereich der Technologieentwicklung in den letzten Jahren stark aufgeholt. Trotzdem gibt es angesichts der rasanten weltweiten technologischen Entwicklung für Schleswig-Holsteins mittelständisch geprägte Wirtschaft noch Nachholbedarf, und es gilt, in den verschiedenen Technologiefeldern wie der Biotechnologie, der Informations- und Kommunikationstechnologie oder dem Multimedia-Bereich am Ball zu bleiben.

Die Landesregierung hat bisher vielfältige Initiativen und Förderprogramme im Technologiebereich vorangebracht und durch finanzielle Förderung unterstützt. Der neue Wirtschaftsminister hat durch die im Zuge der Kabinettsbildung dem Wirtschaftsministerium neu zugestandenen Kompetenzen und Initiativen im **Informationstechnologiebereich**, die bisher in der Staatskanzlei angesiedelt waren, gute Voraussetzungen, dort erfolgreich weiterzumachen, wo sein Vorgänger aufgehört hat.

Auch der SSW sieht es als wichtige Aufgabe der Landespolitik an, günstige Rahmenbedingungen für die Technologieförderung in Schleswig-Holstein zu schaffen. Für den SSW bleibt dabei weiterhin der Technologietransfer zwischen Hochschulen, Universitäten und Unternehmen eine Schwerpunkttaufgabe der Landespolitik. Gerade durch einen verstärkten Technologietransfer, wie er beispielsweise in den angelsächsischen oder skandinavischen Ländern praktiziert wird, sehen wir noch viele ungenutzte Möglichkeiten.

Ein wichtiger Pfeiler der Technologiepolitik des Landes ist die **Technologiestiftung Schleswig-Holstein**, deren Jahresbericht uns heute vorliegt. Die Technologiestiftung nimmt wichtige Aufgaben im Bereich der Technologieförderung wahr. Zum Beispiel ergänzt die TSH durch die Erträge aus dem Stiftungskapital die Fördermöglichkeiten des Landes bei konkreten Projekten. Im letzten Jahr wurden dadurch 31 Projekte gefördert - insbesondere der Bereich der Biotechnologie wurde mit

Fördermitteln bedacht. Aber auch bei der Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Wirtschaft wirkt die TSH unterstützend mit.

Besonders interessant erscheint uns in diesem Zusammenhang der Hinweis im Jahresbericht darauf, daß „die Notwendigkeit einer stärkeren Koordination und Kooperation der Akteure des Technologie-Transfer-Systems“ erkannt wird und gemeinsam mit allen Beteiligten Handlungsempfehlungen erarbeitet werden sollen. Der SSW begrüßt dies, und wir empfehlen, sich dabei auch beispielsweise von skandinavischen Strukturen inspirieren zu lassen. Ein wichtiges Projekt der TSH ist auch die Initiative „Informationsgesellschaft Schleswig-Holstein“, die eine breite gesellschaftliche Aktivierung und die Entwicklung eines Strategie- und Aktionsplans für Schleswig-Holsteins Weg in die Informationsgesellschaft schaffen soll.

Es muß das Ziel der Politik sein, eine größtmögliche Teilhabe an der künftigen Informationsgesellschaft zu schaffen. Das heißt, daß in diesem Bereich in Zukunft eine informelle Grundversorgung gesichert werden muß. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit haben, an der Informationsgesellschaft teilzunehmen, zum Beispiel durch Netzzugang, nutzerfreundliche Strukturen und Bezahlbarkeit. Wir müssen eine neue Klassengesellschaft der „Informationsreichen“ und „Informationsarmen“ verhindern. Die Initiative der TSH trägt ein kleines Stück dazu bei.

Bekanntlich soll das neue Programm „Innovation schafft Arbeitsplätze“ durch eine Reduzierung des Stiftungskapitals und auch durch Mittel des Regionalprogramms finanziert werden. Der SSW ist in bezug auf die Programmgestaltung noch skeptisch. Unseres Wissens liegen noch keine klaren Programmmerkriterien vor, und wir hoffen deshalb - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf auch in der letzten Reihe um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten, Herr Abgeordneter Müller!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Ich wollte vorhin sagen, daß wir deshalb hoffen, daß das neue Programm bald in den zuständigen Aus-

(Anke Spoorendonk)

schüssen konkret diskutiert wird. Daß das Programm auch im Technologiebereich weiter Fördermittel bereitstellt, ist klar. Wir würden uns dabei zumindest auch regionale Kriterien wünschen. Für 1998 wirkt sich die Reduzierung des Stiftungskapitals auf die Ertrags situation der TSH begrenzt aus, da die Ausgaben nur um 200.000 DM sinken werden. Aber wir begrüßen es trotzdem - und halten es auch für notwendig -, daß das Stiftungskapital auf längere Sicht wieder aufgestockt wird.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bitte kommen Sie zum Schluß, Frau Abgeordnete!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Tut mir leid.

Abschließend möchte ich dem Minister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technologiestiftung meinen Dank für den Bericht zum Ausdruck bringen. Wir haben den Bericht lange vor uns hergeschoben. Ich denke, es sollte auch einmal diskutiert werden, wie wir künftig mit solchen Berichten umgehen wollen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Es hat sich noch Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch zu Wort gemeldet. Sie soll es haben.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir werden im Ausschuß noch über zwei Dinge sprechen müssen. 1. Frau Spoorendonk, welchen Zinssatz legen Sie zugrunde, wenn aus 15 Millionen DM Kapital in einem Jahr nur 200.000 DM Ertrag herauskommen? Das würde mich einmal interessieren.

(Martin Kayenburg [CDU]: Den dänischen! - Anke Spoorendonk [SSW]: Das habe ich auch nicht so gesagt!)

2. Herr Müller, wirklich, Sie sind an Ihren Taten zu messen. Ich freue mich, daß wir in Herrn Hentschel und den Grünen neue Verbündete gefunden haben. Wenn es Ihnen mit der Technologieförderung wirklich ernst ist, dann würde es mich sehr freuen, wenn wir dies im ganzen Haus hinbekommen würden.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Wir warten schon ziemlich lange, und wir glauben Ihnen nur, wenn im Haushalt wenigstens eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2000 über 15 Millionen DM steht. Das wollte ich Ihnen sagen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das! - Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nun liegen mir aber wirklich keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließe ich die sehr interessante Beratung.

Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden, und zwar an den Wirtschaftsausschuß. Mitberatung ist nicht gefordert worden. Ich denke, wir überweisen zur abschließenden Beratung. Alle einverstanden? Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 10:

Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Notwendigkeit der Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes

Landtagsbeschuß vom 3. September 1998

Drucksache 14/1555

Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Drucksache 14/1738

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Kähler.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits in seinem 18. Tätigkeitsbericht wies der Datenschutzbeauftragte, Dr. Bäumler, darauf hin, daß das **Landesdatenschutzgesetz** aufgrund der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates angepaßt werden muß. Herr Kollege Geißler, damals hatten wir uns interfraktionell darauf geeinigt, damit so lange zu warten, bis der Bund die Anpassung der Rahmengesetzgebung vornimmt. Leider hat die ehemalige Bundesregierung versäumt, hier die Vorreiterrolle zu übernehmen.

(Klaus-Peter Puls [SPD]: Hört, hört!)

Ob das aus der Betrachtung heraus, der Datenschutz sei eh ein Instrument zur Technikverhinderung und deshalb solle man alles soweit wie möglich wegschieben, geschehen ist, stelle ich einmal dahin und möchte ich gar nicht bewerten. Die Eckpunkte für eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes, wie wir sie im Innen- und Rechtsausschuß diskutiert und als SPD-Fraktion gemeinsam mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorformuliert haben, sind erstens

(Ursula Kähler)

die Umsetzungsfrist der von mir bereits angesprochenen **EG-Richtlinie**, zweitens die verstärkt auftretenden Unsicherheitsfaktoren im Hinblick auf die zunehmende Veränderung der Technik - Datenschutz durch Technik gewährleisten -, drittens die Vereinfachung des Landesdatenschutzgesetzes auch im Rahmen der Diskussion um die Entbürokratisierung, Herr Minister, und viertens sollte der Weg in die Informationsgesellschaft aus Sicht unserer Fraktion positiv begleitet werden.

Wir wollen unser Datenschutzgesetz so novelliert wissen, daß es die Grundlage für eine Allianz zwischen Datenschutz, den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und den Herstellern bietet. Kurzum: Wir wollen die Technik zum Verbündeten machen, wie es Dr. Bäumler einmal in einem seiner Berichte formuliert hat.

Wir haben keineswegs erwartet - nun spreche ich Herrn Kollegen Kubicki an -, daß der Datenschutzbeauftragte einen Gesetzentwurf vorlegt, wie er es jetzt zwar getan hat. Vielmehr haben wir den Partner des Parlaments und nicht die Exekutive, wie Sie es in Ihrer letzten Presseerklärung, als wir unseren Antrag eingebracht haben, erklärt haben - denn immerhin ist die Institution des Landesdatenschutzbeauftragten beim Landtag ansiedelt -, die Person, die täglich mit dieser Thematik konfrontiert ist, unter Einbeziehung ganz besonderer Eckpunkte für ein modernes Landesdatenschutzgesetz um Überprüfung gebeten.

Der Gesetzentwurf umfaßt über die von mir bereits genannten Punkte hinaus Grundsätze zur **Datenvermeidung** und **Datensparsamkeit** und damit das, was wir auch eingefordert hatten. Erstmals enthält das Gesetz Regelungen zur Verschlüsselung, Beratungsaufgaben und die Möglichkeit, für einige dieser Aufgaben eine Refinanzierung über Gebühren zu ermöglichen, Erleichterungen des Genehmigungsverfahrens bei der Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen Zwecken, eine effektivere Wahrnehmung der Datenschutzaufgaben vor Ort durch eigene, gesetzlich geregelte Befugnisse. Außerdem gibt es erstmalig Regelungen zu personenbezogenen Daten auf Chipkarten und anderen mobilen Datenverarbeitungssystemen.

Ich bin überzeugt, daß der Fachausschuß gemeinsam mit dem Fachministerium - Herr Minister, wir gehen davon aus, daß das Ministerium beziehungsweise die Landesregierung nach gemeinsamer Beratung im Innen- und Rechtsausschuß einen Gesetzentwurf vorlegen wird - und dem Datenschutzbeauftragtem am Ende der Beratung ein Landesdatenschutzgesetz vorliegen hat, das dem Anspruch gerecht wird, den ich eingangs beschrieben habe. Die Grundlage für ein hochmodernes und richtungweisendes Landesdatenschutzgesetz hat uns das Haus von Dr. Bäumler geboten. Ihm und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt der besondere Dank für diesen umfangreichen, kurzfristig erarbeiteten Bericht.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Walhorn [SPD] und Anke Spoerendonk [SSW] - Glosse des Präsidenten)

Wenn wir es schaffen, das neue Landesdatenschutzgesetz interfraktionell hinzubekommen, wäre das ein tolles Signal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geißler.

Thorsten Geißler [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen meiner Fraktion danke ich dem Landesdatenschutzbeauftragten, Herrn Dr. Bäumler, aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Dienststelle für die überaus zügige Erstellung eines Berichtes über den Novellierungsbedarf des Landesdatenschutzgesetzes.

(Beifall im ganzen Haus)

Der Bericht stellt eine hervorragende Hilfe bei der von uns zu leistenden Aufgabe der Novellierung des Datenschutzgesetzes in unserem Lande dar.

An einer Notwendigkeit der Novellierung unseres Landesdatenschutzgesetzes kann es keinen Zweifel geben. Am 24. Oktober 1995 haben das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union die EG-Datenschutzrichtlinie erlassen. Sie hat das Ziel, das **Datenschutzniveau** innerhalb der Europäischen Union zu vereinheitlichen, um den freien Datenverkehr im Gebiet der Union zu erleichtern. Am 24. Oktober 1998 ist die Frist zur Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie abgelaufen. Auch das schleswig-holsteinische Landesdatenschutzgesetz muß nunmehr umgehend an die bindenden Vorgaben der EG-Richtlinie angepaßt werden. Der von Herrn Dr. Bäumler vorgelegte Bericht macht hierzu konkrete Vorschläge.

Festzustellen ist auch, daß das bisherige Landesdatenschutzgesetz auf der Großrechnertechnologie beruht und die zwischenzeitlich erfolgten technischen Entwicklungen zuwenig berücksichtigt. Es ist daher zu begrüßen, daß der Bericht unter anderem Regelungsvorschläge für Bereiche wie das Internet, Workflow, papierloses Büro, Vernetzung, Chipkarten und Video-

(Thorsten Geißler)

Aufzeichnungen enthält. Wir werden diese Veränderungen in der Datenverarbeitungstechnik bei unseren Beratungen zu berücksichtigen haben. Für sehr zweckmäßig halte ich auch den Vorschlag des Datenschutzbeauftragten, in ein novelliertes Gesetz ein **Datenschutzaudit** einzuführen, in dessen Rahmen Behörden ihr Datenschutzkonzept vorab beurteilen und zertifizieren lassen können. Hierdurch würde nicht nur die Beratungs- und Servicefunktion des Landesdatenschutzbeauftragten ausgebaut und betont; ein solches Datenschutzaudit könnte auch dazu beitragen, daß Fehler und Gesetzesverstöße in Zukunft vermieden werden. Es wäre aus meiner Sicht zu hoffen, daß sich auf diese Weise der Umfang des jährlich vorgelegten Berichtes des Landesdatenschutzbeauftragten reduzieren ließe, der immer wieder zahlreiche Verstöße gegen das Datenschutzrecht auflistet, mit denen wir uns dann in den Fachausschüssen ausgiebig zu befassen haben.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Aus meiner Sicht wäre es sinnvoller vorzubeugen, statt hinterher immer wieder Fehler beklagen zu müssen. Ein neues Landesdatenschutzgesetz sollte nach meiner Auffassung und der Auffassung meiner Fraktion folgenden Grundforderungen Rechnung tragen: Erstens muß das Landesdatenschutzgesetz vereinfacht, verschlankt und von bürokratischen Elementen bereinigt werden.

Zweitens ist es für mich selbstverständlich, daß auch ein novelliertes Landesdatenschutzgesetz den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Grundrecht auf **informationelle Selbstbestimmung** Rechnung trägt. Wenn dieses Kriterium erfüllt ist, sind Datenschutzbestimmungen in jedem Fall daraufhin zu überprüfen, ob sie ein effizientes und zügiges Verwaltungshandeln fördern oder aber unnötig einengen. Ist letzteres der Fall, ist auf solche Bestimmungen zu verzichten. Das gilt insbesondere dann, wenn damit Fragen der inneren Sicherheit berührt werden.

(Beifall des Abgeordneten Peter Lehnert [CDU])

Meine Damen und Herren, so sehr ich auch darin übereinstimme, daß Datensparsamkeit für viele Teile der Verwaltung Maßstab sein kann, so gilt dies natürlich nicht uneingeschränkt. Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der Polizei und Justizbehörden ist auch, daß Datenmaterial in erforderlichem Umfang zur Verfügung steht. Daran wollen wir auch nicht im Zuge einer Novellierung unseres jetzigen Rechtes rütteln lassen.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat konkrete Vorschläge unterbreitet. Nach unserer Vorstellung ist es nunmehr Aufgabe der Landesregierung, ihrerseits ihre Vorschläge auf den Tisch zu legen, die erforderlichen Anhörungen durchzuführen, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschußfassung zuzuleiten.

Ich schwere zu, daß wir uns als CDU-Fraktion an der Gesetzgebung konstruktiv beteiligen werden. Selbstverständlich werden wir dabei die Dienststelle des Landesdatenschutzbeauftragten umfangreich beteiligen, um den Sachverstand, der in dieser Dienststelle gebündelt ist, einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf eine interfraktionelle Zusammenarbeit und glaube, daß wir es gemeinsam erreichen können, unser Landesdatenschutzgesetz zu novellieren und den Gegebenheiten anzupassen, die uns in dem heute zur Diskussion stehenden Bericht deutlich gemacht werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Böttcher das Wort.

Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich erst einmal dem Dank an den Landesbeauftragten und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anschließen.

Ich möchte diesen Bericht nicht in vollem Umfang wiederholen. Es ist schon einiges gesagt worden. Der Beschuß zur Erstellung dieses Berichtes ist auf ungewöhnliche Art und Weise erfolgt. Aber ich glaube, in erster Linie zählt das Ergebnis. Das Ergebnis läßt sich allemal sehen.

Ich möchte auf einen Punkt hinaus, den auch Herr Geißler schon erwähnt hat. Die Entwicklung der Technik zwingt uns, das Landesdatenschutzgesetz zu ändern. Die Technik hat sich weiterentwickelt. Wir sollten auch zur Kenntnis nehmen, daß wir im Bereich des Datenschutzes auf zwei Ebenen arbeiten müssen. Die erste Ebene ist dort, wo eine kontrollierte Datenverarbeitung stattfindet, das heißt dort, wo die Verwaltung, die Gesetzgebung, der Staat eine Möglichkeit der Kontrolle haben und wo Repressionen möglich sind. Wo dies möglich und notwendig ist, sollte es auch gemacht werden. Mittlerweile entziehen sich aber große Bereiche der Datenverarbeitung - das ist die zweite Ebene - der öffentlichen Kontrolle.

(Matthias Böttcher)

Dort gilt es, Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Behörden und Verwaltungen Möglichkeiten zu eröffnen, Verschlüsselungen und andere eigene Schutzmaßnahmen zu ergreifen, und den Einsatz dieser Techniken zu fördern.

Ich möchte auf folgenden wesentlichen Punkt hinaus. In der Diskussion, die wir über das Landesdatenschutzgesetz führen, möchte ich den Passus der **Informationsgesellschaft** nicht außen vor lassen. Wir sollten auch darüber diskutieren, wie wir Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Daten sowie die Teilnahme an der Informationsgesellschaft ermöglichen. Wer heutzutage nicht informiert ist, hat in dieser Gesellschaft keine Chancen mehr. Wir wollen versuchen, das Recht auf Informationen auf allen Ebenen durchzusetzen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoerendonk [SSW])

Dies sage ich auch im Zusammenhang mit der Diskussion über den Antrag des SSW, aufgrund dessen die Landesregierung momentan einen Gesetzentwurf erarbeitet, nachdem wir den Antrag des SSW im Ausschuß unterstützt haben.

Ein weiterer Punkt, der für mich wichtig ist, ist, daß wir in allen Gesetzesvorhaben, die zur Zeit aktuell sind, nach dem Grundsatz vorgehen: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dürfen wir nicht nur dann berücksichtigen, wenn es um Datenschutz geht, sondern es muß auch dann angewendet werden, wenn es zum Beispiel um das Melderecht geht, über das wir zur Zeit auch diskutieren.

(Anke Spoerendonk [SSW]: Richtig!)

Wir sollten nach der Maßgabe handeln, den **mündigen Bürgern** als Leitbild in der Diskussion über die Gesetze anzusehen und den Schwerpunkt darauf zu legen, und wir sollten unser Hauptaugenmerk nicht auf das Interesse an den Daten über diesen mündigen Bürgern richten. Das wird sich auch in der Diskussion über das Landesmeldegesetz zeigen. An solchen Punkten kann man beispielhaft machen, wofür man steht.

Ich sage: Das Interesse der Parteien an zielgerichteten Wahlkampfaktionen gehört für mich nicht zu diesem überwiegenden öffentlichen Interesse und muß daher von der Einwilligung der Bürger abhängig gemacht werden. Nach diesem Maßstab sollten wir sowohl das Landesdatenschutzgesetz als auch das Landesmeldegesetz als auch das Gesetz zur Informationsfreiheit diskutieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir uns im September dieses Jahres einstimmig dafür

entschieden haben, den Landesdatenschutzbeauftragten damit zu beauftragen, Vorschläge zur Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes zu erarbeiten, haben wir gleichzeitig - Frau Kollegin Kähler! - ein wirklich bemerkenswertes Verfahren in Gang gesetzt. Nicht die Legislative, nicht das Parlament sollte die gesetzliche Grundlage für den Datenschutzbeauftragten vorgeben, nein, der Beauftragte selbst ist nach Regelungen gefragt worden, nach denen er sich künftig zu richten hat.

(Klaus Schlie [CDU]: Wie hätten Sie es denn gern?)

Das ist wahrlich bemerkenswert. Allein die bewährte Arbeit des Datenschutzbeauftragten in Schleswig-Holstein, Herr Dr. Bäumler, und seiner Mannschaft haben nach unserer Auffassung ein solches Verfahren gerechtfertigt. So liegt uns heute in bekannt kompetenter Form ein Bericht vor, in dem uns der Landesdatenschutzbeauftragte nicht nur über die Notwendigkeit der Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes informiert, sondern auch zugleich konkrete Vorschläge macht, wie die notwendigen Änderungen auszusehen haben. Dafür möchte ich Herrn Dr. Bäumler und seinen Mitarbeitern - auch ich! - von dieser Stelle aus herzlich danken.

(Beifall)

Sicherlich werden wir über die einzelnen Vorstellungen des Landesdatenschutzbeauftragten im Ausschuß ausführlich beraten müssen. Ich werde mich deshalb an dieser Stelle auf einige wenige Anmerkungen beschränken.

Eine der Fragen wird sicherlich sein, inwieweit eine Zusammenlegung des Datenschutzes für den öffentlichen und privaten Bereich möglich ist. Nach den Ausführungen des Datenschutzbeauftragten besteht hier immer noch Abstimmungsbedarf mit dem Innenministerium. Angesichts der Diskussion über die künftige Organisationsform sage ich für die F.D.P., daß wir statt des Anstaltsmodells eher das **Rechnungshofmodell** präferieren.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ebenfalls werden wir zu diskutieren haben, inwieweit die vorgeschlagenen Änderungen der allgemeinen Vorschriften Bestand haben. Im Zuge der Verschla-

(Wolfgang Kubicki)

kung gesetzlicher Regelungen und der **Entbürokratisierung** ist sicherlich zu begrüßen, beispielsweise auf einige allgemeinverständliche Definitionen zu verzichten. Ob das auch für das Datengeheimnis mit dem Hinweis gelten kann, daß Geheimhaltungspflichten bereits spezialgesetzlich geregelt seien, erscheint mir jedoch zweifelhaft. Es gibt heute fast kein gesetzliches Regelwerk mehr, in dem nicht auf das Landesdatenschutzgesetz verwiesen wird. Nach Auffassung meiner Fraktion sollte es daher das zentrale Gesetz zur Bestimmung von Grundsatzfragen und Grundsatzbegriffen sein. Dazu gehört wohl auch der Begriff des **Datengeheimnisses**. Wo ich gerade bei der Definition bin, möchte ich hier weiter folgendes sagen. Wenn der Datenschutzbeauftragte im Rahmen seiner Begriffsbestimmungen zum Anonymisieren oder Pseudonymisieren auf einen unverhältnismäßigen Aufwand als Maßstab für die Zuordnungsmöglichkeit von Daten abstellen will, mag das der Wirklichkeit sehr nahe kommen. Es ist sicherlich zutreffend, daß eine hundertprozentige Unmöglichkeit der Zuordnung praktisch kaum zu erreichen ist. Allerdings erscheint mir der Nutzen dieses unbestimmen Rechtsbegriffes sehr zweifelhaft. Was ist in diesem Zusammenhang „unverhältnismäßiger Aufwand“?

Erheblichen Beratungs- und Erörterungsbedarf sieht meine Fraktion außerdem bei den Regelungen zu den neuen Instrumenten des Datenschutzes wie zur **Kryptographie**. Wir werden uns über diese Fragen im Ausschuß noch sehr intensiv unterhalten. Ich bin eigentlich sicher, daß wir es als schleswig-holsteinisches Parlament schaffen werden, einvernehmlich unter den Fraktionen eine Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes hinzubekommen.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Spoerendonk das Wort.

Anke Spoerendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als erstes kann ich es nicht lassen, dem Landesdatenschutzbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meinen Respekt zum Ausdruck zu bringen. Wer geglaubt hatte, daß die kurze Frist nicht ausreichen würde, um einen vernünftigen Bericht abgeben zu können, ist des Besseren belehrt worden. Auch von uns herzlichen Dank dafür!

Nun liegt uns sogar ein Gesetzentwurf vor. Dr. Bäumler hat gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Erstens entspricht der Gesetzentwurf dadurch, daß er vom Datenschutzbeauftragten selbst herrührt, mit ziemlicher Sicherheit den Erwartungen des Datenschutzbeauftragten an einen solchen Gesetzentwurf. Gerade weil es um so einen Gesetzentwurf geht, ist es richtig und wichtig, diesen Weg zu gehen. Zweitens haben wir einen Entwurf erhalten, der aus einer Hand

stammt, die in unserem Land den Datenschutz am besten im Griff hat. Das ist kaum zu überbieten.

Die Tätigkeitsberichte, die wir regelmäßig vom Datenschutzbeauftragten erhalten, sind durch kurze Sätze und die klare und verständliche Ausdrucksform immer so gehalten, daß die Lust aufs Lesen unterwegs nicht verlorengeht. So etwas ist offenbar auch mit Gesetzesexten möglich. Der Entwurf bestätigt, daß auch für Gesetze gilt, daß weniger mehr sein kann. Falls es einmal zu Fortbildungsmaßnahmen darüber kommen sollte, wie Gesetzesexten zu schreiben sind, ist dieser als Fortbildungsmaterial zu empfehlen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Obwohl sich der Gesetzentwurf an der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates der EU, an dem hessischen Gesetzentwurf und an dem Gesetzentwurf auf Bundesebene orientiert hat, macht der Vergleich das starke Bemühen um einfache Formulierungen deutlich.

Wie kein anderer hat Dr. Bäumler in den letzten Jahren unermüdlich Mißstände angeprangert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Einsamer Kämpfer!)

Die **Grundrechte** der Bürgerinnen und Bürger werden immer stärker eingeschränkt, während die **Eingriffsrechte** des Staates ausgeweitet werden. Auch der Kollege Böttcher sprach das vorhin in seinem Redebeitrag an.

Mit der Schleierfahndung, Europol und dem großen Lauschangriff ist - um es mit den Worten Dr. Bäumlerts zu formulieren - eine neue Spirale in Gang gesetzt worden.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Diese Schraube wird sich kaum zurückdrehen lassen. Um so wichtiger ist es deshalb, verstärkt gegenzusteuern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ein sinnvolles Gegensteuern ist der Ausbau des Datenschutzes der Bürgerinnen und Bürger.

(Anke Spoerendonk)

Einerseits kommen wir nämlich der möglichen Erstellung von Persönlichkeitsprofilen durch ein Datennetz immer näher. Deshalb muß andererseits, als Gegengewicht, die Bündelung aller vereinigten Datenschutzkräfte den **gläsernen Bürger** verhindern. Um es anders zu sagen: Der Staat hat Rechte hinzugewonnen, deshalb müssen im Gegenzug auch die Bürgerinnen und Bürger mit besseren Rechten ausgestattet werden - nicht zuletzt, um staatliches Handeln nachvollziehen zu können.

(Unruhe)

Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, daß gerade dieser Aspekt wichtig ist, wenn es um den Zugang zu öffentlichen Informationen geht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten, auch vorne in den ersten Reihen!

Anke Spoerendonk [SSW]:

Der Gesetzentwurf ist ein Beispiel dafür, wie aktiv gegengesteuert werden kann. Daher begrüßt der SSW die im Gesetzentwurf vorgesehene gebührenfreie Auskunft an Betroffene. Es ist gut und sinnvoll, die Notwendigkeit der Datenvermeidung nicht nur durch eine **verschuldensunabhängige Schadenersatzverpflichtung** zu untermauern. Daß die Beweislast die datenverarbeitende Stelle treffen soll, ist ein Schritt im Sinne der geschädigten Bürgerinnen und Bürger.

Diesen Bericht werden wir nun dem Innen- und Rechtsausschuß überweisen. Ich hoffe, genau wie meine Vorrednerinnen und Vorredner, daß es dort zu einer interfraktionellen Einigung darüber kommen wird, den Gesetzentwurf des Datenschutzbeauftragten - ich sage einmal unverändert - zeitnah in erster Lesung zu beraten.

Angesprochen habe ich jetzt nicht, daß wir im Ausschuß auch darüber zu beraten haben, wie das mit der Zusammenlegung des **öffentlichen und privaten Datenschutzes** weitergehen soll. Für den SSW kann ich sagen, daß wir dem schon im Verfassungsausschuß, in dem wir die Änderung der Landesverfassung beraten haben, zugestimmt haben. In diesem Zusammenhang traten und treten wir eher für die „Landesrechnungshof-Lösung“ ein.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Ich freue mich auf die Beratung im Ausschuß.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nun wollen wir endlich Herrn Minister Dr. Wienholtz zu Wort kommen lassen.

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landesbeauftragte für den Datenschutz hat seinen Berichtsauftrag in pragmatischer Weise erfüllt, indem er einen Gesetzentwurf, eine Neufassung für das Landesdatenschutzgesetz, vorgelegt hat.

Mit diesem Entwurf hat er nicht nur Vorschläge zur Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie unterbreitet, sondern er hat sich insbesondere auch der Herausforderung gestellt, einem rasanten technischen Wandel durch die Formulierung zukunftsorientierter Vorschriften Rechnung zu tragen. Damit ist eine solide Grundlage für weitere fachliche Diskussionen geschaffen.

Nach einer ersten Durchsicht kann ich für die Landesregierung sagen, daß die Vorstellungen des Landesdatenschutzbeauftragten in vielen Punkten meine Zustimmung finden, so daß sich viele seiner Vorschläge auch in einem Regierungsentwurf wiederfinden werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wenn ich in den letzten Minuten das Lob für anerkennenswerte Kompetenz

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wundert Sie!)

von allen Fraktionen vernehme, hat man ja Zweifel

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- hat man ja Zweifel -, ob denn ein Regierungsentwurf überhaupt noch Neues und anderes bieten kann. Aber ich bin sicher, ich werde noch die eine oder andere Überraschung zustande bringen. Stichworte sind dazu schon gefallen. Ich bin dem Kollegen Geißler dankbar, daß er in dem Zusammenhang das Thema „**innere Sicherheit**“ angesprochen hat. Das wird in der Tat auch ein Punkt sein, über den wir uns werden unterhalten müssen - inklusive Europol, Herr Abgeordneter Kubicki.

Einigkeit besteht vor allem in der grundsätzlichen Zielrichtung, durch eine Novellierung des Datenschutzgesetzes Bürgerrechte zu stärken. Dabei wird auch der Aspekt der **Verwaltungsmodernisierung** eine Rolle spielen. Damit alle Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte wahrnehmen können, muß ein mo-

(Minister Dr. Ekkehard Wienholtz)

dernes Datenschutzgesetz effizient und bürgerfreundlich ausgestaltet sein.

Dementsprechend wird darauf zu achten sein, daß einerseits alle für einen effektiven Datenschutz erforderlichen Regelungen getroffen werden, daß andererseits aber auch nicht neue aufwendige kostenintensive Standards eingeführt und damit bürokratische Hemmnisse aufgebaut werden. Hier werden ausgewogene und anwenderfreundliche Lösungen nicht nur den öffentlichen Kassen, sondern auch unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen.

Den Datenschutz und damit die **Bürgerrechte** zu stärken, ist übrigens auch das Ziel der angestrebten Neuorganisation des Datenschutzrechtes in Schleswig-Holstein, wie der Datenschutzauftrag des Landes in seinem Bericht andeutet.

Die beabsichtigte Zusammenführung der Aufsicht über den öffentlichen und den privaten Bereich in einer Hand wird hohe **Synergieeffekte** zur Folge haben. Die Bündelung von Kompetenzen wird gleichfalls unmittelbar den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen. In Kürze werde ich dem Parlament hierzu unsere Vorstellungen, das heißt die Vorstellungen der Landesregierung, unterbreiten können.

Abschließend möchte ich mir im Hinblick auf die materiell-rechtliche Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes eine Anregung zum weiteren Verfahren erlauben. Nachdem es die alte Bundesregierung versäumt hat, die EG-Richtlinie fristgerecht umzusetzen, sollte nun Schleswig-Holstein vorangehen mit dem einen oder anderen Land, das diesen Schritt auch schon gegangen ist, und das Landesdatenschutzgesetz unabhängig von der Novellierung des Bundesrechtes an die EG-Richtlinie zum Datenschutz anpassen. Damit wird dem schleswig-holsteinischen Gesetzgebungsverfahren eine richtungweisende Bedeutung zukommen können. Um so wichtiger wird es sein, die unterschiedlichen Vorstellungen und Lösungsansätze intensiv zu diskutieren. Insbesondere sollten die betroffenen Verbände in einem möglichst frühen Stadium die Gelegenheit erhalten, Vorschläge zur konkreten Ausgestaltung des Gesetzentwurfes zu machen.

Die Landesregierung beabsichtigt, im kommenden Jahr frühzeitig einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Bericht des Landesdatenschutzbeauftragten würdigen wird, aber auch bereits eine erste Verbandsanhörung einbezieht. Damit ist ein frühzeitiger erster Dialog mit allen Betroffenen gewährleistet. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung. Beantragt worden ist die

Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung abgabenrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/1747 (neu)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10 b:

Tätigkeit des Eingabenausschusses in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1998

Bericht des Eingabenausschusses

Drucksache 14/1723

Dazu erteile ich dem Herrn Berichterstatter des Eingabenausschusses, dem Abgeordneten Poppendiecker, das Wort.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Leeve Kolleginnen und Kollegen!

Harr'n wi de „Pallas“ hüüt nich hatt,
to'n Utschuß wüß ik ordentli wat,
doch is de Tied nu wiet vöran,
dat ik wag gorni antofang'n.
Ik meen, kiek rin in den Bericht,
denn övertrek de Tied ik nich!

Wi hebbt us Arbeit ordentli don,
so schall dat nu ook wiedergahn.
Wenn Sorgen hebbt de Lüüd in't Land,
seggt man Bescheid, wi sünd to Hand.
De Utschuß wart sien Bestes gewen,
denn makt dat Spaß, in't Land to lewen.

Bürokraten hebbt nich jümmers recht,
dat markt de Börgers, dann is dat slecht.
Helpen steiht in usen Sinn,
un dor stüürt wi ook in Tokomst hin.

Ik mück gliestiedig noch een paar Kolleginnen und Kollegen entschülligen; de sitt baben in een Sitzung.
Wi hebbt een ganz hittes Thema bi de Büx, den Bi-

(Gerhard Poppendiecker)

stensee, un wi höpt, den Umweltminister hüüt dorts to kreegen, dat wi dit Thema vun Disch kriegt.

Herr Präsident, ik heff dat op Plattdütsch mokt, deshalb, dormit wi nich jimmers snackt, wi wöllt Plattdütsch snacken, un wenn dat denn losgeiht, sünd wi nich mehr dor.

Ik bedank mi bi ju! Dat weert för hüüt.

(Beifall - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bravo!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ik bedank mi bi den Herrn Berichterstatter un will frögen, ob Wortmeldungen to den Bericht vörliegen doon?
- Dat is nich de Fall. Dat is schöön.

(Heiterkeit)

Utsprook is nich vörsehn.

Also is beandragt worrn, von den Bericht von den Ingabenutzschuß Kenntnis zu nehmen und Erledigung to bestätigen. De so verfohrn wöllt, de bitt ik üm dat Handteken. Danke! - De Gegenproov! - Stimmenthaltungen? - Denn is dat so kloar.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, leider liegen mir keine Beratungsgegenstände mehr vor,

(Zurufe: Oh, schade! - Heiterkeit)

und leider findet die nächste Tagung erst am 9. Dezember statt.

Aber für die Arbeitssüchtigen kann ich sagen, daß gleich im Anschluß an diese Sitzung der Sozialausschuß in Raum 138 tagt.

Ich wünsche ein schönes Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 13:40 Uhr